Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. Juli 1930

Internationaal Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Brünings Niederlage.

Die Deckungsvorlagen gescheitert - Die Regierung auf Abwegen - Misstrauensantrag der Sozialdemokratie.

SPD. Die Deckungsvorlagen der Reichsregierung sind gefallen. Die Sozialdemokratie hat ihnen die Zustimmung versagt. Als infolgedessen der Artikel II mit 256 gegen 204 Stimmen abgelehnt wurde, hat der Reichskanzler die Vorlagen zurückgezogen. Sie sollen nun mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt werden.

Der Entscheidung des Reichstags sind Versuche vorangegangen, die Haltung der Sozialdemokratie zu ändern und die Anwendung des Artikels 48 zu vermeiden. Auf Wunsch des Zentrums haben am Dienstag Besprechungen stattgefunden, die mit der Aufforderung an die Sozialdemokratie endeten, sie möge die Voraussetzungen skizzieren, unter denen ihr eine positive Mitwirkung bei der Verabschiedung der Deckungsvorlagen möglich sei. Die sozialdemokratischen Unterhändler Dr. Breitscheid und Hermann Müller haben in einem Brief an den Zentrumsführer Esser den Verzicht auf die Kopfsteuer und den Abbau der Leistungen der Arbeitslosen und der Krankenversicherung als solche Voraussetzungen bezeichnet. Eine schriftliche Antwort auf diesen Brief haben die Regierungsparteien nicht erteilt. Sie haben lediglich erklärt, dass die Voraussetzungen der Sozialdemokratie erfolgreiche Verhandlungen unmöglich machen. Sie sind deshalb gar nicht erst aufgenommen worden.

Das Verhandlungsangebot des Zentrums ist nichts anderes als ein Manöver gewesen, in keinem Stadium offen und ehrlich dem Ziel der Verständigung mit der Sozialdemokratie dienend. Wenn der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Esser gegenüber den Feststellungen von Breitscheid im Plenum des Reichstags am Mittwoch trotzdem behauptete, das Verlangen der Sozialdemokratie auf einen Verzicht der Kopfsteuer sei ein Ultimatum gewesen, das erfolgreiche Verhandlungen ausgeschlossen habe, so steht das nicht nur mit den Tatsachen im Widerspruch, sondern auch mit der Begründung, die die "Germania" der Ablehnung der Verhandlungen am Mittwoch abend gegeben hat. In der "Germania" werden lediglich der Aufschub und die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien als Grund für die Ablehnung der Verhandlungen angegeben. Wenn schliesslich, wie es heisst, die Verordnung der Reichsregierung nur die ursprünglichen Vorlagen enthalten wird und nicht die Kopfsteuer, so kann man darin einen weiteren bündigen Beweis erblicken, dass den Regierungsparteien einschliesslich des Zentrums nichts an einer Verständigung mit der Sozialdemokratie lag und das Verhandlungsangebot vom Dienstag lediglich den üblen Eindruck verwischen sollte, als ob nicht alle Möglichkeiten zur parlamentarischen Erledigung ausgeschöpft worden seien.

Die Ablehnung der Deckungsvorlagen durch die Sozialdemokratie ist eine wohlüberlegte und wohlbegründete Entscheidung. Sie musste erfolgen, nachdem unter dem Druck der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei die Kopfsteuer in die Vorlage hineingearbeitet und diese Vorlage mit dem weitgehenden Abbau der Arbeitslosenunterstützung und der Krankenversicherung verbunden worden war. Die kleinen Verbesserungen, die die Vorlagen der Reichsregierung in letzter Zeit gefunden haben, ändern nichts an ihrer Gesamttendenz. Die Regierung Brüning verfolgt mit

ihren Steuern klar und eindeutig das Ziel, durch Abbau der sozialen Leistungen in Reich und Gemeinden und durch Erhöhung der Opfer der unteren Volksschichten den Aermsten des Volkes alle Lasten der schweren Wirtschaftskrise aufzubürden.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im weiteren Verlauf der Mittwoch-Sitzung des Reichstags gegen den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstags gestimmt und sich bei dem kommunistischen Misstrauensantrag gegen das Kabinett Brüning der Stimme enthalten. In beiden Fällen war für sie dieselbe Erwägung massgebend. Wenn die Wirtschaftspartei und die Kommunisten eine Mehrheit erzielt hätten, wäre die Auflösung des Reichstags erfolgt. Dann aber wäre die Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage gewesen, sofort nach Verkündung der Verordnungen noch in diesem Parlament den Antrag auf ihre Aufhebung zu stellen. Die Dinge wären bis nach der Neuwahl in der Schwebe geblieben. Da die Regierung die Verordnungen noch im Laufe des Donnerstag publiziert, kann die sozialdemokratische Forderung auf ihre Beseitigung am Freitag zur Debatte und zur Abstimmung gestellt werden. Bei dieser Gelegenheit wird die Sozialdemokratie auch ihrerseits einen Misstrauensantrag einbringen.

Ob sich freilich für das eine wie für das andere Votum eine Mehrheit finden wird, ist mehr als zweifelhaft, denn es ist damit zu rechnen, dass die Deutschnationalen ihre Opposition gegen die Steuergesetze und gegen das Kabinett Brüning aufgeben werden, weil ihnen daran liegt, den Diktaturparagraphen wirksam werden zu lassen, und weil sie, was vor allen Dingen ins Gewicht fällt, eine gewaltige Angst vor der Auflösung haben. Die Sozialdemokratie hat aber dann auf jeden Fall ihre Pflicht getan. Sie hat sich nicht mitverantwortlich gemacht für schlechte Steuergesetze und für den Abbau der Sozialpolitik. Sie hat den letzten Versuch unternommen, die Unwirksamkeit des Artikels 48 herbeizuführen. Es ist nicht ihre Schuld, sondern die der bürgerlichen Parteien, wenn alle ihre Bemühungen für die Erhaltung der parlamentarischen Rechte und für die Abwehr arbeiterfeindlicher Massnahmen scheitern.

Die nächste Aufgabe der Sozialdemokratie wird indessen sein, mit aller Entschlossenheit jenes Regime zu bekämpfen, das die Verantwortung für die verderbliche Entwicklung trägt, die sich in diesen Tagen angebahnt hat.

SPD. Alexandria, 16. Juli (Eig.Drahtb.)

Vor Alexandrien liegen seit Mittwoch zum Schutz der fremden Einwohner zwei englische Kriegsschiffe.

Die hier seit Dienstag zu verzeichnende fremdenfeindliche Stimmung richtet sich hauptsächlich gegen die in Alexandrien ansässigen Griechen und Italiener. Sie werden beschuldigt, die Partei der Regierung des Königs Fuad ergriffen zu haben. Neue Zwischenfälle werden zum 21. Juli erwartet. An diesem Tage beabsichtigt der Wafd, eine Parlamentssitzung abzuhalten und das Parlamentsgebäude zu diesem Zweck gewaltsam zu öffnen. Die Hauptstrassen von Alexandria tragen im übrigen deutliche Spuren der am Dienstag zu verzeichnenden Kämpfe. Zahlreiche Läden wurden schwer beschädigt. Die Polizeistation in Manschich wurde in Brand gesteckt. Die anrückende Feuerwehr wurde von der Menge überwältigt. Die Zahl der Todesopfer beziffert sich auf 12, die der Verwundeten auf 388.

SPD. Die Abstimmung des Reichstags über den § 2 der Deckungsvorlagen der Reichsregierung hat nach dem amtlichen Ergebnis nur 193 Stimmen für und 256 Stimmen gegen den betreffenden Paragraphen ergeben. Mit den Regierungsparteien stimmten die vier deutschnationalen Abgeordneten Dr. Bazille, Dingler, Ohler und Vogt Württemberg sowie der frühere deutschnationale Abgeordnete Bruhn.

SPD. Helsingfors, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Lappo-Bewegung richtet nach der Vernichtung der kommunistischen Bewegung jetzt ihren Hauptstoss gegen die sozialdemokratischen Organisationen. In Wiborg forderte am Mittwoch eine Lappo-Abordnung von dem zuständigen Landeshauptmann das Verbot der sozialdemokratischen Tageszeitung "Kansan Työ". Der Landeshauptmann hat sich nach Helsingfors begeben, um der Regierung die Forderung der Lappo-Abordnung mündlich zu unterbreiten.

Am Mittwoch nahmen etwa 20 Geheimpolizisten in Helsingfors in den Büroräumen der Gewerkschaftsverbände eine Haussuchung vor. Zahlreiche Akten, Mitgliederlisten und der Schriftwechsel der Organisationen wurden beschlagnahmt.

SPD. Itzehoe, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Im Itzehoer Landvolkprozess bestreiten die Angeklagten Hamkens, Wulf, Weschke u.a. natürlich alle illegalen Absichten. Alle wissen von nichts mehr. Keiner will im Verlauf der Kundgebungen, die am 4.März 1929 planmässig in den verschiedensten Orten Schleswig-Holsteins stattgefunden haben, etwa Vorschläge derart gemacht haben ob die Steuern bezahlt werden sollten, oder ob man sich gegen Zwangsversteigerungen und Pfändungen der Milchgelder wehren sollte. Niemand hat natürlich aufgefordert, die Steuerbescheide einzusammeln und sie den Finanzämtern in Säcken zurückzuschicken. Man will überhaupt gar keine Säcke gesehen haben. Kurz: alle "Männer der Tat" kneifen. Sie wollen immer nur auf legalem Wege vorgegangen sein. Das Groteske ist, dass sie sich immer wieder auf die Verfassung berufen.

Das gesprochene Wort kann man zwar bestreiten, nicht aber das gedruckte. Da liegt z.B. ein Aufruf vor: "An das notleidende Volk!", der im "Landvolk" veröffentlicht wurde. Darin heisst es: "Gestützt auf Artikel 1 der Reichsverfassung, wonach alle Gewalt vom Volke ausgeht", die jetzt der "Nothilfe" übertragen sei, erklärt man, "der Verwaltungsapparat darf keine Anordnungen mehr an das Volk ergehen lassen. Verwaltungsorgane, die sich über den Beschluss des Volkes (Lies: Landvolk) hinwegsetzen, werden in ihre Schranken verwiesen (!!). Steuerbescheide sind an das Nothilfebüro einzusenden. Wir ordnen hiermit an, dass die Meiereien die Milchgelder nur an die Lieferanten auszahlen (nicht an die Steuerbehörden)" usw. Ferner schrieben die Herren an den Regierungspräsidenten und an andere Behörden: "Wir ordnen hiermit an, dass sich die Verwaltungsbehörden an uns zu wenden haben, wenn sie irgendwelche Anordnungen treffen wollen." In einem Briefe an die Landwirtschaftskammer in Kiel, in dem sich Hamkens über eine Pfändung beschwert, führt er aus: "Wir verbieten hierdurch, weiterhin Pfändungen vorzunehmen." Das alles sind sehr eindeutige Anmassungen und Aufreizungen zum Widerstand gegen die behördlichen Anordnungen. - Die Verhandlungen werden noch mehrere Tage dauern.

SPD. Die sächsischen Volksnationalen sind den Nazis bitter gram. Sie fühlen sich durch die nationalsozialistische Agitation und Äusserungen der nationalsozialistischen Presse beleidigt und lehnen es auf Grund dieser Verunglimpfungen ab, den Drang der sächsischen Nazis nach der Futterkrippe mit befriedigen zu helfen. Hitler hat deshalb einen Abgesandten in das Büro der sächsischen Volksnationalen geschickt und in der Absicht, die beiden Abgeordneten der Volksnationalen Vereinigung im sächsischen Landtag für einen Nazi-Minister zu ködern, kniefällig um Entschuldigung für die Verleumdungen seiner Untertanen bitten lassen. Als dem Abgesandten Prof. Wagner bei der Ausführung seines Auftrages von volksnationaler Seite gewisse Vorhaltungen gemacht wurden, erklärte er nach dem "Jungdeutschen", der es ja wissen muss:

"Der "Völkische Beobachter" (der auch solche Verunglimpfungen gebracht hat) sei für die Leute geschrieben, die früher die"Rote Fahne" gelesen hätten; er selbst zum Beispiel lese den "Völkischen Beobachter" gar nicht."

Diese Äusserung beweist, dass die Leser des "Völkischen Beobachter" zum grossen Teil frühere Kommunisten sind und das wiederum zeigt, dass die kommunistische Partei den Rechtsputschisten gewissermassen Vorspanndienste leistet. Wir haben niemals daran gezweifelt und sehen in der Äusserung des Hitlerianers Wagner nur eine neue Bestätigung für unsere Auffassung.

SPD. München, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Als Folge der Ablehnung der Schlachtsteuer im Landtag ist der Bayerische Bauernbund aus der bayerischen Regierungskoalition, in der er sich ununterbrochen seit 1919 befand, ausgetreten. Der Rücktritt des Landwirtschaftsministers Fehr, der als Reichstagsabgeordneter z.Zt. in Berlin weilt, ist allerdings noch nicht erfolgt.

Seinen Austritt aus der Koalition, der den beiden anderen Regierungsparteien am Mittwoch offiziell mitgeteilt wurde, begründet der Bauernbund damit, dass sich in der Frage der Abdeckung des Defizits des bayerischen Staatshaushalts zwischen den Koalitionsparteien grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Fortführung der bayerischen Politik ergeben hätten.

Die Regierung Held aus Bayerischer Volkspartei und Deutschnationalen verfügt jetzt nur noch über 59 von 128 Stimmen im Landtag. Sie will aber, nach de Ankündigung der "Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz" als Minderheitsregierung zunächst weiter im Amt bleiben. Wie lange ihr das gelingt, ist im Augenblick nicht zu sagen. Die Entscheidung wird voraussichtlich im Zusammenhang mi der Beratung des Finanzgesetzes anlässlich der verabschiedung des Gesamthaushalts am 1.August fallen.

SPD. Angesichts der politischen Hochspannung ist es wenig beachtet worden dass die Sozialdemokratie im Bildungsausschuss Anträge der Rechtsparteien und des Zentrums abgewehrt hat, die auf eine reaktionäre Verschlechterung des Lichspielgesetzes hinausliefen. Die Versuche, eine Geschmackszensur einzuführen oder ausser dem religiösen Gefühl auch die kirchlichen Gebräuche und die Person der Geistlichen unter einen besonderen Schutz zu stellen, stiessen auf Grund der überzeugenden Darlegungen der Sozialdemokraten auch bei Demokraten und - aus wirtschaftlichen Gründen- bei der Wirtschaftspartei auf Widerstand. Es wurde sogar ein Satz gestrichen, der Filme verbieten will, bei denen zu erwarten ist, dass sie niedrige Instinkte befriedigen.

Unter dem Vorsitz von Schreck (Soz) beschäftigte sich der Bildungsausschuss am Mittwoch den 16.Juli mit der "Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Vorführung ausländischer Bildstreifen", nachdem die Sozialdemokratie erreicht hatte, dass diese Verordnung vor ihrer Verkündung ausser dem Reichsrat auch dem Bildungsausschuss vorgelegt werden muss. Aus der Begründung, die der Reichsinnenminister Wirth gab, war zu entnehmen, dass die Verordnung weniger kulturellen Zwecken als vielmehr den wirtschaftlichen Interessen der durch eigene Schuld in katastrophaler Lage befindlichen deutschen Filmindustrie dienen soll. Wirth betonte, dass die Situation wegen der Umstellung auf den Tonfilm sehr undurchsichtig sei und man bei der Kontingentierung deshalb vorsichtig verfahren müsse. Das Ziel sei nicht nur der Schutz der deutschen Filmindustrie, sondern auch die Investierung amerikanischen Kapitals in der deutschen Filmindustrie.

Löwenstein (Soz) betonte, dass die Ausführungen des Ministers die von der Sozialdemokratie bereits früher geäusserten Bedenken verstärkt hätten.

Das Gesetz diene lediglich dem Schutze der deutschen Filmindustrie, vernachlässige aber die Interessen der Kinobesitzer und der Arbeitnehmer, und berücksichtige nicht genügend die kulturellen Interessen. Die Bestimmungen seien vielfach zu eng. Löwenstein brachte namens der Sozialdemokratie eine Reihe von Anträgen auf Anderungen und Streichungen ein. Sie gingen dahin, die zu enge Begriffsbestimmung des Auslandsfilm zu beseitigen, für kulturell hochstehende, sowie wissenschaftliche Filme eine Vorzugsstellung zu schaffen und zu einengende Bestimmungen zu beseitigen.

Siemsen-Thüringen (Soz) wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus dem Widerstreit zwischen der panikartigen und kostspieligen Umstellung der deutschen Filmindustrie auf den Tonfilm und der Tatsache ergäben, dass die grosse Mehrzahl der Theater in Deutschland und Mitteleuropa ausschliesslich auf stumme Filme angewiesen sei, da die Tonfilmapparatur von ihnen nicht bezahlt werden könne. Welchen Zweck habe es ferner, zwei Drittel der Einfuhr den stummen Filmen vorzubehalten, wenn nach den zutreffenden Ausführungen des Ministers das Ausland kaum noch stumme Filme produziere?

In der Abstimmung wurden alle sozialdemokratischen Anträge von einer meis geschlossenen bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Die Verordnung wurde unveränder angenommen. Auch der Minister hielt aber die Lage für so undurchsichtig, dass er die Begrenzung des Gesetzes bis zum 1.Dezember 1931 begrüsste, eine Begrenzung, die lediglich der Initiative der Sozialdemokratie zu danken ist.

SPD. Weimar, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Judenhetze der Hakenkreuzler in Thüringen wirkt sich bereits aus. Der Verein Deutscher Fabrikanten von Phantasiewirkwaren e.V. in Apolda teilt z.B. mit, dass durch die unverantwortlichen Ausführungen nationalsozialistischer Abgeordneten im Thüringer Landtag und in einzelnen Stadtparlamenten teilweise Beunruhigung in der deutschen Geschäftswelt hervorgerufen worden sei, die Anfragen bei Apoldaer Fabrikanten, Kaufleuten und Privatpersonen veranlasst habe, ob man Thüringen im allgemeinen und Apolda im besonderen persönlich aufsuchen dürfe, ohne Belästigungen ausgesetzt zu sein.

In einer Entschliessung bringt der Verein zum Ausdruck, dass seine Mitglieder den Bestrebungen der nationalsozialistischen Partei fernständen und nicht für Vorkommnisse verantwortlich gemacht werden dürften, die sie nicht verschuldet hätten. Die Ausführungen, die von nationalsozialistischer Seite im Thüringer Landtag und in einigen Stadtparlamenten gegen die religiösen Anschauungen und Gefühle deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gemacht worden seien, verurteile der Verein. Er bedauere es ausserordentlich, wenn sich auch nur der eine oder andere der bisherigen Geschäftsfreunde abhalten lasse, seine zum Teil langjährigen Verbindungen mit den Mitgliedern des Vereins zu lockern oder von einem Besuch Apoldas auch nur zeitweise abzusehen.

Auch aus thüringischen Kurorten kommen lebhafte Klagen über den Rückgang des Fremdenverkehrs. Der sonst mit dem Beginn der Schulferien zu verzeichnende lebhaftere Geschäftsbetrieb ist in diesem Jahre ausgeblieben. Die Inhaber von Pensionen geben zu, dass die Verordnungen des Putschisten Frick und die dadurch begünstigte rassenfeindliche Hetze an dem Niedergang des Fremdenverkehrs schuld sind.

SPD. Von amtlicher Seite ist behauptet worden, Reichskanzler Dr. Brüning sei von dem Brief des Reichspräsidenten Hindenburg an den Preussischen Ministerpräsidenten Braun überrascht worden. Er habe von ihm vorher keine Kenntnis gehabt.

Richtig ist, dass Reichskanzler Dr. Brüning nicht nur von dem Brief ge-

ist, sondern sich sogar mit den Staatssekretären Pünder und Dr. Meissner in seiner Abfassung beteiligt hat. Der zuständige Ressortminister Dr. Wirth wurde absichtlich übergangen. Er erfuhr von dem Brief erst, wie die Mehrzahl der übrigen Reichsminister, aus der Presse. Als einziges Kabinettsmitglied war Brünings Leib- und Busenfreund Treviranus informiert!

SPD. Paris, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Mit der Übergabe der deutschen Antwortnote auf das Europa-Memorandum Briands, in der zum erstenmal offiziell von der Reichsregierung das Problem der Revision der Friedensverträge offen angeschnitten wurde, hat die Locarno-Politik eine entscheidende Belastungsprobe bestanden.

Nur dieser seit Jahren unermüdlich fortgesetzten Politik des Friedens und der Versöhnung ist es zu danken, dass die französische Presse auf das Stichwort "Revision des Versailler Vertrages" nicht in ein allgemeines Wutgeschrei ausgebrochen ist. Selbst die nationalistischen Blätter finden es begreiflich, dass Deutschland die erste sich bietende Gelegenheit benutzt hat, um die Notwendigkeit einer "kühnen Reform unhaltbar gewordener internationaler Verhältnisse" zu betonen. Die Debatte über die Revision der Verträge ist also eingeleitet und wenn auch heute ihr Ausgang längst noch nicht vorauszusehen ist, so ist es doch ermutigend genug, dass sie auf durchaus sachlicher und verständiger Basis begonnen hat. Selbst der "Temps", der die Revisionsbestrebungen der Reichsregierung etwas missbilligend als eine "abseitige Bemühung" charakterisiert, gibt der Überzeugung Ausdruck, dass die Betrachtungen über die wirtschaftliche und administrative Ausgestaltung des Europabundes in der deutschen Note die prinzipiellen Grundlagen zu einer Verständigung bieten, zumal die Note in Ton und Ausdruck eine Mässigung und einen Verzicht auf jede polemische Verärgerung zeige, die nur vertrauenerweckend wirken könnte. Nicht minder bedeutungsvoll ist das Urteil der schwerindustriellen "Journées Industrielles", die in den "durchaus ernst zu nehmenden und überaus brauchbaren" wirtschaftlichen Vorschlägen die notwendige Verständigungsbasis gefunden haben will. Gerade dadurch, dass die deutsche Note, wie das "Petit Journal" ausdrücklich betont, sich der Verantwortlichkeit voll bewusst ist und sich strikt an den Geist von Locarno hält, konnte sie ohne Gefährdung der Beziehungen zu Frankreich den entscheidenden Schritt wagen, die Debatte über die Revision der Verträge zu eröffnen. Dieses Ergebnis wäre niemals der Politik der Gewalt und der grossen Worte gelungen.

SPD. Der am Mittwoch durch die Annahme des Einspruchs des Reichsrats im Reichstag gefallene Amnestieantrag ist von den hinter der Regierung stehenden Parteien als neuer Initiativantrag im Reichstag eingebracht worden. Der Antrag muss nunmehr nochmals in drei Lesungen vom Reichstag erledigt werden. Ebenso muss er dann noch einmal dem Reichsrat vorgelegt werden.

SPD. London, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Macdonald hielt am Mittwoch im Unterhaus eine Aufsehen erregende Rede über die Lage in Ägypten. Zunächst gab er den Beschluss der Regierung bekannt, zwei Kriegsschiffe nach Alexandrien zu entsenden. Dann erklärte der Ministerpräsident:

Die Regierung habe zu Beginn der ägyptischen Krise durch ihren in Kairo weilenden Oberkommissar dem König Fuad erklären lassen, England wünsche die strikteste Neutralität bei den innenpolitischen ägyptischen Auseinandersetzun-

gen zu bewahren und es werde sich unter keinen Umständen in diese Streitigkeiten hineindrängen lassen. Fuad möge davon überzeugt sein, dass England sich niemals als Instrument gegen die ägyptische Verfassung missbrauchen lasse. Nach den Ereignissen in Alexandrien sei Fuads Ministerpräsident, Sidky Pascha vor dem Oberkommissar belehrt worden, dass die gegenwärtige ägyptische Regierung verantwortlich gemacht werden müsse, für das Leben und das Eigentum der in Ägypten lebenden Ausländer. Da England jedoch die internationale Garantie für die Interessen dieser Ausländer übernommen habe, sei die englische Regierung nunmehr verpflichtet gewesen, zwei Kriegsschiffe nach Alexandrien zu entsenden.

SPD. Kopenhagen, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Gefahr eines Arbeitskonflikts in den dänischen Häfen ist abgewendet worden. Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber nahmen einen Vermittlungsvorschlag des Schlichters an, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 8 Oere und verschiedene Verbesserungen des Akkordsystems vorsieht. Das Übereinkommen gilt zwei Jahre.

SPD. Zürich, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Am 24.August wird auf Schloss Wyden in der Schweiz eine Feier zur Erinnerung an die 50jährige Wiederkehr des illegalen Wydener Parteitages der deutschen Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz stattfinden. Die Feier wird vom Vorstand der deutschen Sozialdemokratie und der Züricher Sozialdemokratischen Partei gemeinsam veranstaltet. Die Exekutive der Sozialistischen Arbeite internationale, die zur gleichen Zeit in Zürich eine Tagung abhält, wird an der Feier geschlossen teilnehmen.

Die Kundgebung beginnt auf Schloss Wyden, das von dem Besitzer, dem Vizepräsidenten des Internationalen Gerichtshofes im Haag, Professor Max Huber, zur Verfügung gestellt wurde. Anschliessend ist eine Massendemonstration in Konstanz geplant, an der Arbeiter aus Deutschland, Österreich und der Schweiz teilnehmen werden. Sprechen werden für die deutsche Sozialdemokratie inWyden Hermann Müller, in Konstanz Wels und Crispien, für die Schweizer Sozialdemokratie Otto Lang und Vertreter der Exekutive der Internationale.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat am Mittwoch in 2.Lesung die Arbeitslosenversicherungsnovelle verabschiedet. Dabei haben die Regierungsparteien noch weitere Verschlechterungen vorgenommen. So verlieren die Jugendlichen unter 17 Jahren entgegen dem Beschluss der 1.Lesung künftig den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Eine weitere, besonders von Aufhäuser (Soz) bekämpfte, Verschlechterung schaltet bei der Pflichtarbeit für die Jugendlichen den Verwaltungsausschuss aus. Damit wird jeder Missbrauch von Pflichtarbeit ermöglicht.

Über die Sperrfristen bei freiwilliger Arbeitsaufgabe entspann sich wiederum eine lange Debatte. Aufhäuser (Soz) verwies darauf, dass bereits in erster Lesung die Regierungsvorlage gefallen sei und nun wieder versucht werde, bei freiwilligem Arbeitswechsel die Arbeitslosenuntersützung bis zu 6 Wochen zu entziehen. Er verfocht einen sozialdemokratischen Antrag, wonach bei dem Besuch von Schulen oder Kursen überhaupt keine Sperrfristen verhängt werden dürfen. Es wurde schliesslich ein Unterausschuss eingesetzt, der eine Formulierung über den Begriff "freiwilligen Ausscheidens" suchen soll.

In der Abstimmung wurde die Verlängerung der Sperrfristen auf 6 Wochen

wiederum abgelehnt. Ein von Gerlach (Soz) begründeter sozialdemokratischer Antrag, wonach § 98a auf versicherte Lehrlinge nicht angewandt werden darf, so dass dem Lehrling nach Beendigung der Lehrzeit in jedem Fall die Anwartschaft gesichert ist, wurde angenommen.

SPD. Bochum, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Bergbauindustriearbeiterverband erklärt in einer Stellungnahme zu dem negativen Verlauf der Saarverhandlungen, dass die Form der Ausbeutung der Saargruben eine innerdeutsche Angelegenheit sei, die nur vom Deutschen Reich bestimmt werden könne. Wenn nationalistische Engstirnigkeit und wirtschaftliches Machtstreben auf französischer Seite die Oberhand behielten, so sei die Saarbevölkerung und insbesondere die Saarbergarbeiterschaft bereit, mit dem im Versailler Vertrag vorgesehenen Stimmzettel ihre Zukunft zu entscheiden. Diese Entscheidung könne nicht zweifelhaft sein.

SPD. London, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Unterhaus-Fraktion der Labour Party beschäftigte sich am Mittwoch mit der Arbeitslosenfrage und lehnte mit 80 gegen 36 Stimmen einen zu dieser Angelegenheit gegen das Kabinett eingebrachten Misstrauensantrag ab. Auf Seiten der Opposition standen als Hauptwortführer Maxton vom linken Flügel der Arbeiterpartei und Mosley vom rechten Flügel. Mosley musste wegen seiner Haltung bittere Vorwürfe hören.

SPD. Wien, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Nationalrat verabschiedete am Mittwoch das Notopfer für die Landwirtschaft und die Erhöhung der Bier- und Zuckersteuer.

Um sieben Uhr abends trat der Nationalrat in dem festlich geschmückten Plenarsaal zu einer Festsitzung zusammen, in der dem Lande Kärnten anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Volksabstimmung in Kärnten ein Zuschuss von drei Millionen Schilling gewährt wurde. Der Bundeskanzler erklärte, dass diese Beitrag nur vorläufig sei und, sobald es die finanzielle Lage des Staates erlaube, erhöht werde. Anschliessend gaben alle Parteien Erklärungen ab, in denen sie die Treue der Kärntner zum Mutterlande feierten.

SPD. London, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Über 500 Parlamentarier aus allen Ländern der Welt wohnten am Mittwoch der Eröffnung der 26.Sitzung der Interparlamentarischen Union bei.

Aussenminister Henderson begrüsste die Vertreter im Namen der englischen Regierung. In seiner Rede gab er einen Überblick über die im letzten Jahre erzielten Fortschritte auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit. Er betonte, dass dies alles erst der Anfang sei. Es bleibe noch sehr viel zu tun übrig. Dies gelte besonders für die internationale Entwaffnung. Erst durch diese Entwaffnung würde bewiesen, dass der Kellogg-Pakt nicht nur auf dem Papier stände, sondern auch in der Tat angenommen sei. Eine Hauptaufgabe der Interparlamentarischen Union sei, dass ihre Mitglieder, wenn sie nach Hause zurückkehrten, in den Parlamenten ihrer Heimatstaaten den Gedanken der Abrüstung verbreiteten und für ihn tätig seien.

Die deutsche Delegation ist infolge der innenpolitischen Ereignisse in

Deutschland nur durch Schücking, Heile und Quidde vertreten. In einem zur Verlesung gebrachten Telegramm des Reichstagspräsidenten Löbe wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die deutschen Abgeordneten den Schlusstagungen noch beiwohnen können. Löbes Begrüssungstelegramm fand lebhaften Beifall.

SPD. Der preussische Minister des Innern hat durch Verfügung vom 16.Juli das Stahlhelmverbot für Rheinland und Westfalen aufgehoben. Die Aufhebung erfolgte, nachdem die Bundesführer des Stahlhelm folgende schriftliche Erklärung abgegeben hatten :

"1. Die Bundesführer des Stahlhelm haben erneut von der Auffassung des Preussischen Staatsministeriums über die Vorgänge, die zu der Auflösung des Stahlhelm in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen geführt haben, Kenntnis genommen.

2. Unter Zugrundelegung dieser Auffassung geben die Bundesführer des Stahlhelm die Erklärung ab, dass sie in Zukunft solche Übungen, wie sie im Oktober 1929 zur Auflösung Anlass gegeben haben, unterlassen werden. Sie versichern ferner, dass eine den Vorschriften des Gesetzes vom 22.3.1921 zuwiderlaufende Betätigung, namentlich auch die Ausbildung und Übung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen, im Stahlhelm nicht geduldet wird. Der Stahlhelm wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass diese Verbote restlos befolgt werden, und dass Mitglieder,die den Verboten zuwiderhandeln, aus dem Bunde ausgeschlossen werden.

3. Insbesondere werden die Bundesführer dafür Sorge tragen, dass im Falle der Neubildung des Stahlhelm in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen nur solche Landesverbände und Unterorganisationen gebildet werden, bei denen die Gewähr dafür geboten ist, dass die Anordnungen und Zusicherungen der Bundesführung von allen Mitgliedern befolgt werden.

Berlin, den 16.Juli 1930.

Der 1.Bundesführer — Der 2.Bundesführer
gez. Franz Seldte — gez.Düsterberg."

In Erwiderung auf diese Erklärung hat der Preussische Minister des Innern der Bundesführung des Stahlhelm folgendes Schreiben übermittelt: "Nachdem die Bundesführung des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, die Erklärung abgegeben hat, dass in Zukunft die Veranstaltungen solcher und ähnlicher Übungen, wie sie zu der Auflösungsverfügung vom 8.10.1929 Anlass gegeben haben, sowie die Beschäftigung mit militärischen Dingen im Sinne des Gesetzes vom 22.3.1921, namentlich auch die Ausbildung und Übung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen, im Stahlhelm verboten ist, und dass der Bund sich mit allen Mitteln für die künftige Befolgung dieser Anordnungen einsetzen wird, werden der Neubildung von Organisationen des Stahlhelm in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen von der Polizei keine Hindernisse bereitet werden.

Die Preussische Staatsregierung setzt dabei im Vertrauen auf die gegebenen Zusicherungen voraus, dass der etwa neu zu gründende Stahlhelm in den genannten beiden Provinzen damit einen wesentlich anderen Charakter haben wird als die sicherzeit aufgelösten Teile des Bundes, und dass auch bei der Führerauswahl diesen Gesichtspunkten ausreichend Rechnung getragen wird.

Die Preussische Staatsregierung erachtet es im übrigen als selbstverständlich, dass die Wiederzulassung des Bundes nicht zum Anlass neuer Angriffe gegen die Staatsregierung genommen wird und dass schwebende Beschwerdeverfahren seitens des Stahlhelm gleichfalls als erledigt angesehen werden.

gez. Dr. Waentig."

\+ \+ \+

Der Reise des Reichspräsidenten nach Koblenz, Trier usw. steht mit der Aufhebung des Stahlhelmverbots nichts mehr im Wege. Sie erfolgt zu dem in Aussicht genommenen Termin.

SPD. Eisenach, 16.Juli (Eig.Drahtb.)

Das Schöffengericht Eisenach hob am Mittwoch die gegen den Vorsitzenden der Ortsgruppe Ruhla des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Arbeiter-Kultur- und Sportkartells wegen Beleidigung des Putschisten Frick verhängte Strafverfügung von 6 WochenGefängnis auf und verurteilte die beiden Angeklagten zu 70 Mark Geldstrafe.

Die Angeklagten hatten in Ruhla eine Entschliessung fassen lassen, in der in scharfen Worten die Innenpolitik Thüringens, insbesondere der Abbau der Lehrer, die Kürzung der Sozialrenten und der Arbeitslosenbezüge kritisiert wurden. In der Entschliessung, die an den Bezirksausschuss, den Landtag und das Ministerium weitergeleitet wurde, hiess es u.a., dass Minister Frick zu der Kulturschande des Lehrerabbaues noch die soziale Schande füge und den Sozial- und Kleinrentnern ihre armseligen Pfennige raube.

In der Urteilsbegründung der zweiten Instanz wird hervorgehoben, dass in der Kritik die Grenze des Erlaubten erheblich überschritten worden sei.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichstag hat am 15.Juli den Artikel 1 der Regierungsvorlagen zur Deckung des Haushalts angenommen und damit festgelegt, dass zum Ausgleich der Aufwendungen im ordentlichen Reichshaushalt, die sich infolge der schlechten Wirtschaftslage ergeben, für die Zeit bis zum 31.März 1931 von den Einnahmen der Personen des öffentlichen Dienstes und der Ledigen ein Beitrag zu dem von den einkommensteuerpflichtigen Personen ein einmaliger ausserordentlicher Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben ist. Bei der darauf erfolgten Abstimmung über Artikel II hat sich eine Mehrheit über die Einzelausgestaltung dieser Vorschriften nicht gefunden. Den für die Vorlage von der Reichsregierung über die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes abgegebenen 196 Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien standen 256 Stimmen der Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten entgegen. Die Einzelheiten der Durchführung der Reichshilfe haben danach die parlamentarische Mehrheit nicht erreicht.

Die Regierung hat darauf auf die weitere Beratung der zur Deckung des Reichshaushalts bestimmten Gesetze verzichtet. Ein gegen sie eingebrachter Misstrauensantrag ist mit einer Mehrheit von 240 gegen 59 Stimmen abgelehnt worden. Die Deckung des Reichshaushaltes ist ein unbedingtes Erfordernis für die Aufrechterhaltung geordneter Staatsfinanzen und für die Kreditwürdigkeit des Reiches und der Wirtschaft. Sie ist auch unbedingte Voraussetzung für die weitere Durchführung der Fürsorge für die Arbeitslosen und eine unabweisbare Notwendigkeit in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Lage der Welt in fast allen Ländern schwere Gefahren für die Staatsfinanzen bereitet. Daher hat der Herr Reichspräsident die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung für gegeben erachtet und auf Antrag der Reichsregierung die zur Deckung des Haushalts erforderlichen Massnahmen getroffen. Damit ist ein fester Ausgangspunkt für die weitere staatliche Tätigkeit und für die Erledigung der dringend erforderlichen parlamentarischen Arbeiten insbesondere für die Verabschiedung des Reichshaushalts und die Durchbringung des Osthilfegesetzes geschaffen.

Der Herr Reichspräsident hat gemäss der Reichsverfassung von den auf Grund des Art.48 getroffenen Massnahmen dem Reichstag unverzüglich Kenntnis gegeben. Diese Massnahmen bestehen in zwei Verordnungen, von denen eine die Deckungsvorlagen der Reichsregierung nebst Bürgerabgabe und die zweite die Gemeinde-Getränkesteuer umfasst. Die finanzielle Sanierung der Gemeinden ist ebenfalls eine unabweisbare Notwendigkeit, um die Auszahlung der Unterstützungen für die wachsende Zahl der Wohlfahrtsrentenempfänger sicherzustellen. Auch gerade aus diesem Grunde hat der Herr Reichspräsident die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung für geboten erachtet.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 16. Juli (Eig. Bericht)

Der Reichstag lehnte am Mittwoch den Artikel 2 der Deckungsvorlage (Reichshilfe) mit 256 gegen 209 Stimmen ab. Der Reichskanzler erklärte daraufhin, dass die Reichsregierung auf die Fortführung der Beratung der Vorlage keinen Wert mehr lege. Die Verkündung der Verordnung erfolgt nunmehr auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Der entscheidungsschwere Mittwoch begann im deutschen Reichstag mit einem Malheur für die Herren Fememörder, für die Reichsregierung und für die die Fememörder schützenden Parteien. Preussen hat im Reichsrat Einspruch gegen die Amnestie erhoben. Der Reichsrat stellte sich an Preussens Seite. Die Amnestie konnte nun Wirklichkeit nur dann werden, wenn der Reichstag seinen Beschluss mit Zweidrittelmehrheit bestätigte. Das Ergebnis der Abstimmung war: 296 Abgeordnete stimmten mit Nein, 147 mit Ja, 10 Enthaltungen. Die Freunde der Fememörder hätten mindestens 301 Stimmen aufbringen müssen. Die Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht. Die Amnestie ist gefallen und wird wohl in diesem Tagungsabschnitt nicht noch einmal eingebracht werden können. Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten als gemeinsame Leidtragende begrüssten das Abstimmungsergebnis mit etlichen Pfuis.

Ein paar kleine Vorlagen sind rasch erledigt. Dann wird der entscheidende Beratungsgegenstand aufgerufen: die Deckungsvorlagen. Für alle, die Politik nicht mit Schwätzerei verwechseln, ist die Zeit des Debattierens vorbei. So oder so sind Entschlüsse notwendig. Die Redelust des Hauses ist erschöpft. Nur die Kommunisten predigen und predigen noch einmal. Selbstverständlich vor leeren Bänken, denn ihre Reden sind Schall und Rauch. Es steht keinerlei politische Macht, nicht einmal ein politischer Wille dahinter. Das Haus füllt sich erst und wird atemlos gespannt, als Breitscheid (Soz.) aufgerufen wird. In demselben Augenblick eilt der Reichskanzler auf seinen Platz. Die Kommunisten, ahnungslos wie immer, rufen höhnisch, Breitscheid wolle nun die Brücke zum Kabinett Brüning bauen. Nach wenigen Sätzen aber ist dieser Wahn selbst für den minderbegabtesten Kommunisten verflogen. Die Erklärungen des sozialdemokratischen Führers sind kurz und eindeutig: Ablehnung aller Deckungsvorlagen, nicht nur wegen der Kopfsteuer und der Ledigensteuer, sondern vor allem weil die Gesetzemacherei offensichtlich verbunden ist mit den sozialpolitischen Abbaumassnahmen. Das Zentrum wird unruhig, als der sozialdemokratische Führer nachweist, wie diese Partei sich um eine Beantwortung des sozialdemokratischen Verhandlungsangebotes herumgedrückt hat. "Nur keine schriftliche Stellungnahme" - das war die Parole des Zentrums. So handelt nur das schlechte Gewissen. Breitscheid spricht der Regierung noch einmal in den entschiedensten Worten jedes Recht zur Anwendung des Artikels 48 ab. Nimmt sie ihn dennoch in Anspruch, so werden wir ein Regime mit aller Kraft bekämpfen, das leichtfertig und frevelhaft mit den Völkerrechten umspringt. Der Reichskanzler antwortet nicht. Aber der Zentrumsabgeordnete Esser spricht. Aeusserlich gelassen und väterlich, aber sichtlich tief erregt und hart betroffen. Die Sozialdemokratie, so behauptet er, habe ein Ultimatum gestellt und so den Weg zu Verhandlungen verbaut. Da meldet sich Breitscheid noch einmal zum Wort. Er ist nicht nur der bessere Redner, sondern hat auch ein besseres Gedächtnis, und es fällt ihm sehr leicht, von dieser Gabe Gebrauch zu machen, weil er nichts zu verbergen und nichts zu vertuschen hat. Breitscheid fasst Herrn Esser ins Auge: "So, so, unsere Forderung, die Kopfsteuer abzuweisen, soll alle Verhandlungen unmöglich gemacht haben. Herr Esser scheint nicht mehr zu wissen, dass der Finanzminister, der jetzt neben dem Herrn Kanzler sitzt, vor einigen Tagen noch von dieser Stelle die allerschwersten Bedenken gegen die Kopfsteuer ausgesprochen und sie ein Abenteuer genannt hat." Mit Recht

sagt Breitscheid, man könne doch nicht von der Sozialdemokratie verlangen, dass sie einfach die Vorlagen der Regierung hinnehme. Herr Esser findet kein Wort der Erwiderung. Breitscheids Feststellungen sind unanfechtbar und vielleicht von geschichtlicher Bedeutung.

Nach Belanglosigkeiten eines kommunistischen Redners, die in der dauernden Unruhe des Hauses untergehen, kommt die Abstimmung. Schon nach wenigen Augenblicken zeigt sich, dass die Deutschnationalen geschlossen rote Nein-Karten abgeben. Die Ablehnung der Deckungsvorlagen im Reichstag ist damit sicher. Der Artikel 2 wird mit 256 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegen 204 Stimmen der Regierungsparteien verworfen. Sofort erhebt sich der Reichskanzler. Er spricht nur einen Satz: "Namens der Reichsregierung habe ich zu erklären, dass die Reichsregierung auf die Fortsetzung der Beratung der Vorlagen keinen Wert legt." Damit ist die Vorlage und der damit verbundene Ergänzungsetat für den Reichstag erledigt. Der Präsident lässt über den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstages und über den Misstrauensantrag der Kommunisten gegen die Reichsregierung abstimmen. Die Deutschnationalen erklären, dass sie sich ihre Haltung gegenüber der Reichsregierung nicht von den Kommunisten vorschreiben lassen. Der wirtschaftsparteiliche Antrag sei ein Eingreifen in die Entschlussfreiheit des Reichspräsidenten. Die Deutschnationalen lehnen also beide Anträge ab. Für den Antrag der Wirtschaftspartei erheben sich ausser den Antragsstellern nur die Nationalsozialisten. Bei den Kommunisten ist einen Augenblick Verwirrung. Einige scheinen Lust zu haben, für den wirtschaftsparteilichen Antrag zu stimmen. Das Haus bricht wegen dieser Entschlusslosigkeit in grosses Gelächter aus. Die Sozialdemokratie hat gegen den wirtschaftsparteilichen Antrag gestimmt, weil dieser die Absicht verfolgt, den Reichstag zur Auflösung zu bringen, ehe Brüning den Artikel 48 verhängt, um so die Reichsregierung von jeder parlamentarischen Kontrolle zu befreien. Das kann nicht der Wille der Sozialdemokratie sein. Für den kommunistischen Misstrauensantrag stimmten nur 59 Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Sozialdemokratie enthielt sich der Stimme, alle anderen Parteien stimmten gegen den kommunistischen Misstrauensantrag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat Stimmenthaltung beschlossen, weil sie, wenn Brüning den Artikel 48 anwendet, mit einem eigenen Misstrauensantrag hervortreten will, um dann die Deutschnationalen vor die Entscheidung zu stellen, ob sie das Kabinett Brüning stürzen oder halten wollen. Mit einem kommunistischen Misstrauensantrag ist ein politisches Ziel nicht zu erreichen, weil die Rechte sich von einem solchen Antrag leichter drücken kann, als von einem Misstrauensvotum, das von der stärksten parlamentarischen Partei eingebracht wird. Die Sitzung wurde nach dem Abstimmungskampf auf eine halbe Stunde unterbrochen. Dann rollt stundenlang die Aussprache über das Osthilfegesetz ab.....

SPD. Der Brief des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Breitscheid und Müller-Franken an den Zentrumsabgeordneten Esser, hat folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Kollege! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist bereit, in mündlichen Verhandlungen die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen sie eine Verabschiedung der Deckungsvorlage mit ihrer Unterstützung für möglich hält. Sie hat jedoch schon am Dienstag durch die Rede ihres Vertreters im Plenum des Reichstages erkennen lassen, dass die in der Deckungsvorlage enthaltene Kopfsteuer, die sogenannte Bürgerabgabe, für sie vollkommen unannehmbar ist. Voraussetzung für fruchtbare Verhandlungen wäre daher die Bereitwilligkeit der anderen inbetracht kommenden Parteien, auf die Bürgerabgabe zu verzichten. In diesem Falle wäre auch Gelegenheit gegeben, über notwendige Aenderungen der Vorlagen zur Arbeits- und Krankenversicherung in Verhandlungen einzutreten."

Aus aller Welt

Überführte Mörder!

SPD.Berlin, 16.Juli 30 (Eig.Ber.)

26 Zeugen klagen an.

Im Prozess gegen die Mörder des Zeitungshändlers Heimbürger in Berlin-Moabit gibt die Zeugenvernehmung ein erschütterndes Bild der bestialischen Tat der angeklagten Nationalsozialisten. Glied reiht sich an Glied-, und jedes einzelne ist ein Ring in der Kette der entsetzlichen Blutschuld dieser aufgeputschten jungen Menschen, die einen Unschuldigen, der ihnen nichts getan hatte, wie ein Wild zu Tode hetzten und mit fürchterlicher Brutalität noch im Sterben schwer misshandelten. Die eigenen Gesinnungsgenossen müssen die Angeklagten unter ihrem Eid schwer belasten, politisch an diesem Fall gänzlich uninteressierte, neutrale Zeugen bekräftigen in jeder Beziehung den Inhalt der Anklage und gehen sogar noch darüber hinaus.

Menschenjagd am "Rathauseck".

Der Strassenbahnschaffner Markgraf, den der gewalttätige Timpe mit einem Schlagring und Faustschlägen im Gesicht erheblich verletzt hat, bekundet, dass er gesehen habe, wie 18 bis 20 Leute mit Totschlägern und Gummiknüppeln auf den blutüberströmten Heimbürger einschlugen. Als er, über diese unsägliche Roheit empört, den Mordgesellen zurief: "Das ist doch eine unglaubliche Feigheit, wenn 20 auf Einen losschlagen!" ist er selbst von dem Gesindel angefallen worden. Schlosser Kuhnt, der in Gesellschaft Heimbürgers an dem Nazi-Lokal "Ameise" vorüberkam, erzählt, wie sich die SA-Leute unter Rufen wie: "Greift sie! Das sind die Banditen!" auf ihn und seine Kollegen Kühn und Heimbürger gestürzt haben. Kuhnt gelang es, nachdem man ihn schon zu Boden geworfen hatte zu entkommen. Der Architekt Ross sass bei einem Glase Bier im "Rathauseck", als der verfolgte Heimbürger keuchend und blutbesudelt in das Lokal hereinstürzte. Der Zeuge bekundet, dass der Unglückliche einen völlig zerschlagenen und erschöpften Eindruck gemacht habe. Während draussen die wilde Horde gröhlte und Miene machte, das Lokal zu stürmen und alles kurz und klein zu schlagen wandte sich der Zeitungshändler in seiner Not an den Wirt und bat ihn um Hilfe. Der sagte jedoch: "Parteischlägereien kann ich in meinem Lokal nicht dulden" und schob ihn zur Tür hinaus. Hier wurde das Opfer von den blutdürstigen Nazis sogleich wieder in Empfang genommen. Was der Aussage des Architekten noch besonderes Gewicht gibt, ist die Feststellung, dass er von den Angeklagten Ilgner und Burchardt sehr bestimmt als zwei Hauptbeteiligte an der Menschenjagd vor dem "Rathauseck" wiedererkennt. Ein anderer Zeuge gibt eine drastische Schilderung der Misshandlungen des Heimbürger, die er von seinem Wohnungsfenster aus beobachten konnte. Er sah, wie sieben bis acht Nazis auf den am Boden liegenden wimmernden Mann einhieben und ihm mit schweren Schaftstiefeln auf dem Gesicht herumtraten.

"Heut' hab ich einen fertig gemacht!"

Sehr dramatisch wird es, als der Nationalsozialist Rost, seines Zeichens Postaushelfer, den Angeklagten Westenberger, der gestochen haben soll, aufs schwerste belastet, Rost bekundet, dass er am späten Abend des 7.April mit Westenberger in dasNationalsozialisten-Lokal von Unger in Wilmersdorf gegangen sei. Hier habe er mit einige Glas Bier getrunken. Westenberger war etwas aufgeregt, sprach viel und sagte schliesslich zu dem Zeugen, wobei er sich scheu im Lokal umsah: "Heute habe ich aber einen richtig fertig gemacht." Westenberger springt auf, fuchtelt mit den Armen in der Luft umher und ruft mit heise-

rer, zorniger Stimme:"Das stimmt nicht! Rost lügt!" Die Brüder Spandau, die am Abend der blutigen Tat gleichfalls von Timpe überfallen wurden, bekunden, dass sich Timpe wie ein Rasender auf sie gestürzt habe. Der Verteidiger, der merkt, dass ihm alle Fälle wegschwimmen, sagt, nervös geworden, zu Erwin Spandau:"Wissen Sie genau, dass er Sie schlagen wollte?" "Nun, wenn einer mit wutverzerrten Augen und erhobener Faust auf mich zukommt, so muss ich das doch wohl annehmen.."

Das Geständnis des Mörders.

Den Höhepunkt der Verhandlung bildet die präzise Aussage der 16 jährigen Freundin des Angeklagten Westenberger, einer gewissen Erna Bellach. Ihre Bekundungen überführen den Angeklagten völlig. Die Zeugin macht ihre Aussagen zuerst etwas zögernd und mit kurzen, unruhigen Seitenblicken auf Westenberger, der mit gesenktem Kopf und geballten Fäusten hinter der Angeklagtenbarriere sitzt. Sie berichtet folgendes: Am Tage nach der Untat ging Westenberger mit ihr in den Lunapark und anschliessend in das Nazi-Vereinslokal Unger, wo er bei reichlichem Alkoholgenuss bis gegen 2 Uhr blieb. In vorgerückter Stunde kam Westenberger plötzlich auf seine Tat zu sprechen. Er rückte ganz dicht an sie heran, und sagte im Flüsterton:"Erna, es drängt mich, Dir etwas zu sagen. Ich habe gestern einen Kommunisten erstochen. Die Bande hat mich schon immer geärgert. Der Dolch ist ihm ganz tief in die Brust gegangen, aber es ist dem Kerl ganz recht geschehen. Komm, lass uns die Sache vergessen, wir trinken noch eins." "Haben Sie Anzeichen von Unruhe an ihm bemerkt?" "Er war furchtbar aufgeregt und nervös und hat mich mit seinem Hin- und Hergeschwätz selbst "angestochen"." Dem Verteidiger scheint hier ein Rettungsanker zu winken, er springt auf und sagt mit einem triumphierenden Blitzen in den Augen zu der Zeugin:"Was sagen Sie da? Sie hat er auch gestochen?!" Wie meinen Sie?" sagt nun die Zeugin sehr verwundert, denn sie hat nicht verstanden, worauf der Verteidiger hinaus will. "Aber nein", meint der Vorsitzende, "es scheint sich hier doch nur um eine Redensart zu handeln." Nach einigem Hin und Her beginnt das auch der Verteidiger einzusehen. Westenberger, nun hoffnungslos in die Enge getrieben, leugnet in der halsstarrigsten Weise. "Wollen Sie die Tat nicht endlich zugeben?" wird er eindringlich gemahnt, "Nein", sagt der Mörder und wirft einen finsteren Blick auf seine Freundin, "es ist alles erlogen!". Eine Frau von Seydlitz, bei der Erna Bellach in Stellung ist, sagt aus, dass ihr das Mädchen sofort von der Selbstbezichtigung ihres Freundes Mitteilung gemacht habe. Die letzte Zeugin, die Faschistenwirtin Unger, verweigert die Aussage. Dann wird die Beweisaufnahme geschlossen, der spätere Nachmittag gehört den Plädoyers.

\+ + +

Bankraub in Amerika. In Willmar im Staate Minnesota drangen fünf Banditen mit erhobenen Revolvern in ein Bankgebäude ein und feuerten etwa 30 Schüsse auf die Angestellten und Kunden ab. Zwei Frauen wurden verletzt. Während der ausgebrochenen Panik raubten die Banditen 35 000 Dollar. Sie verschwunden unerkannt.

\+ + +

Vom Hochschulpedell zum Ingenieur. Ein ungewöhnliches Mass von Bildungsdrang und Ausdauer hat ein Diener an der Technischen Hochschule in Warschau gezeigt. Vor acht Jahren hatte er im Alter von 25 Jahren einen Posten als dritter Pedell angetreten und von Anfang an lebhaftes Interesse für die Retorten und chemischen Substanzen gezeigt, die er zu behüten hatte. Trotzdem er bereits verheiratet war, bildete er sich weiter und vermochte nach vier Jahren fleissiger Arbeit die Reifeprüfung abzulegen. Dann widmete er sich dem Studium der Chemie, ohne seinen Posten als Pedell zu verlassen. Vor kurzem gelang ihm ein erfolgreicher Abschluss seiner Universitätsstudien durch Erringung des Ingenieurdiploms. Der junge Ingenieur ist jetzt zum Assistenten an der

gleichen Hochschule ernannt worden, an der er vorher einige Jahre lang Diener gewesen ist.

+ + +

Ein tollkühner Spass. In Stockholm sprang der Chauffeur Erik Söderberg von der 35 Meter hohen Skuru=Brücke ins Wasser, ohne sich zu verletzen. Vor Jahren hat eine Filmgesellschaft einmal für einen Sprung von dieser Brücke einen Preis von 70 ooo Goldmark ausgesetzt. Damals bewarb sich jedoch niemand um diesen Preis. Söderberg hat den tollkühnen Sprung zu seinem Privatvergnügen unternommen.

+ + +

Badeunglück an der westitalienischen Küste. In der Nähe des italienische Badeortes Montalto di Castro an der Küste des Tyrrhenischen Meeres wurde eine Gesellschaft von zwei Männern, sieben Frauen und einem Kinde beim Baden währen eines heftigen Sturmes von einer Sturzwelle erfasst und ins Meer hinausgeris= sen. Nur einer der beiden Männer konnte gerettet werden. Der andere Mann, die sieben Frauen und das Kind sind ertrunken.

+ + +

Autobusunglück in Marokko. Zwischen den Orten Taza und Udidja in Marokko stiess auf der Brücke über den Qued=Talagh ein Postautobus mit einem Lastau= to zusammen und stürzte in den Fluss. Von den Reisenden wurden sechs Personen getötet und 12 schwer verletzt.

+ + +

Verhaftung eines Zuchthäuslers. Am Mittwoch vormittag gelang es zwei Berliner Kriminalbeamten, auf dem Wilhelmplatz in Berlin den wegen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten früheren Büroboten Kurt Goldbach wieder zu verhaften. Goldbach war am 31. März aus der Irrenabteilung des Ber= liner Zellengefängnisses in der Lehrterstrasse entwichen. Als Goldbach merk= te, dass die Beamten ihn erkannt hatten, fuhr er mit einem Auto in rasender Fahrt davon. Die beiden Beamten nahmen in einer Autodroschke die Verfolgung des fliehenden Verbrechers auf. Auf dem Wilhelmplatz wurde Goldbach endlich vor dem Hotel Kaiserhof von seinen Verfolgern eingeholt. Die Beamten spran= gen aus ihrem Auto auf Goldbach zu. Einer der Kommissare hielt Goldbach, be= vor eine Gegenwehr möglich war, zwei Pistolen vor die Brust. Er konnte gefes= selt werden. Bei seiner Durchsuchung auf dem Polizeipräsidium fand man in sei= ner Rocktasche eine scharf geladene Pistole. Goldbach, der sich völlig neu und sehr elegant eingekleidet hatte, verweigert jede Aussage über seinen Auf= enthalt seit seiner Flucht aus dem Gefängnis.

+ + +

Bootsunglück auf der Spree. In der Nacht zum Mittwoch rannte das Motor= boot eines Eishändlers auf der Spree bei Oberschöneweide mit voller Wucht ge= gen einen mit Ziegeln beladenen Spreekahn. Durch die Gewalt des Anpralls schlug das Motorboot um. Sein Insasse fiel ins Wasser und ertrank. Nach An= gaben von Augenzeugen soll das Motorboot nicht beleuchtet gewesen und auf der falschen Fahrseite gefahren sein. Der Reichswasserschutz fand kurze Zeit spä= ter das Boot kieloben treibend auf. Die Leiche des Motorbootsbesitzers konnte erst am nächsten Morgen geborgen werden.

+ + +

Verhaftung der Karlsbader Juwelendiebe. Die Karlsbader Polizei verhaf= tete zwei Männer, die vor einigen Tagen im Hotel Imperial einen grossen Juwe= lendiebstahl an der Amerikanerin Hymans verübt und Schmuckstücke im Werte von 90 ooo Dollar erbeutet hatten. Bei den Verhafteten wurde nur noch ein kleines Perlenhalsband vorgefunden, das aus dem Raube stammte.

Wirtschaft Technik Handel

Die Tabaksteuernovelle.

(Das Privatmonopol nutzt seine Macht hemmungslos aus.)

SPD. Im Rahmen des Deckungsprogramms der Reichsregierung ist eine Novelle zur Tabaksteuer vorgesehen, nach der die Stundungsfrist für die Zigarettenbanderole um einen Monat verkürzt - was dem Reich eine einmalige Einnahme von 48 Millionen Mark erbringt - und dafür die Kontingentierung der Zigarettenproduktion schon jetzt für 1 Jahr, also bis zum 31. März 1932 verlängert werden soll. Die Verkürzung der Stundungsfristen für die Banderolensteuer entspricht einer immer wieder erhobenen Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Fristen für die Verbrauchssteuern der Umschlagsdauer der besteuerten Waren von der Entnahme der Steuerzeichen bis zum Geldeingang anzupassen.

Der Zigarettenindustrie sind jahrelang Stundungsfristen eingeräumt worden, die weit über das notwendige Mass hinausgingen. In Wirklichkeit waren diese Stundungen zinslose Steuerkredite, mit denen die Zigarettenfabriken ihren Absatz finanzierten, ihre Fabriken ausdehnten und mit denen dann die grossen Zigarettenkonzerne in der Hauptsache ihre Werksaufkäufe bestritten. Diese zinslosen Steuerkredite haben aber auch die ungünstige Entwicklung der Zigarettenindustrie gefördert, eine viel zu grosse Erweiterung der Kapazität sowie die langandauernden ungesunden Wettbewerbsverhältnisse mitverschuldet und dem Fiskus Millionenverluste verursacht.

Seit 1927 ist ein Abbau dieser wirtschaftlich wie fiskalisch schädlichen und unverantwortlichen zinslosen Steuerkredite erfolgt. Die Stundungsfrist für die Zigarettenbanderole ist zunächst von rund 3 auf 2 Monate herabgesetzt worden. Für die Materialsteuer wurde in den Tabaksteuergesetzen von Ende 1929 die Stundungsfrist von 6 Monaten auf 3 Monate reduziert. Aber auch diese Fristen übersteigen noch wesentlich das notwendige Ausmass. Bei den grossen Firmen, die den weit überwiegenden Teil des Absatzes beherrschen, beträgt die Umschlagsdauer von der Entnahme der Banderole bis zum Eingang des Fakturenbetrages höchstens 2½ - 3 Wochen. Es ist daher in einer Zeit stärkster Finanznot und dringendster Deckungsbedürfnisse eigentlich eine Selbstverständlichkeit dass diese zinslosen Steuerkredite zurückgefordert werden. Die jetzt vorgesehene Frist von im allgemeinen 4 Wochen (18 - 33 Tage je nach Entnahme der Steuerzeichen) lässt für den Trust und die grösseren Firmen einen ausreichenden Spielraum. Von 48 Millionen Mark, die das Reich an zinslosen Steuerkrediten zurückfordert, entfallen etwa 40 Millionen auf den Zigarettentrust Reemitsma-Neuerburg, den weiter zu subventionieren unverantwortlich wäre. Den kleinen und mittleren Zigarettenfabriken, die ihr Geschäft z.T. nur durch Gewährung längerer Zahlungsfristen an ihre Kundschaft machen und die diese lange Zielgewährung mit den Steuerkrediten z.T. finanzieren, wird die Rückzahlung und Umstellung wesentlich schwerer fallen. Hier könnte aber, um alle Härten zu vermeiden, Erleichterungen geschaffen und die Rückzahlung auf einen längeren Zeitraum verteilt werden. Fiskalisch würde dies, da auf den Trust gegenwärtig 80%, auf leistungs- und kapitalstarke konzernfreie Unternehmungen ca 10% und nur die restlichen 10% auf kleine und mittlere selbständige Unternehmungen entfallen, von geringerer Bedeutung sein.

Bei der Verkürzung der Stundungsfristen für die Zigarettenindustrie

handelt es sich um Rückforderungen zinsloser Steuerkredite. Es ist daher nicht einzusehen, dass hierfür der Zigarettenindustrie eine Gegenleistung in der Form der Verlängerung der Kontingentierung um 1 Jahr gewährt werden muss, wie es die Regierung beabsichtigt. Die Zigarettenindustrie gibt sich nicht einmal mit der Regierungsvorlage zufrieden und stellt erneut ihre Forderung auf gesetzliche Verankerung einer 5-jährigen Dauer des Kontingents. Da es sich bei der Verkürzung der Rückzahlung der Banderolenkredite nicht um ein materiel les Opfer handelt, dass der Zigarettenindustrie auferlegt wird, sondern um den Abbau einer Subvention, scheint es völlig ungerechtfertigt, hierfür der Zigarettenindustrie ein Aequivalent anzubieten. Es besteht auch gar kein dringlicher Grund, schon jetzt vorzeitig die Kontingentdauer zu verlängern, die erst am 31. März 1931, also in 3/4 Jahren abläuft.

Ganz abgesehen von diesen grundsätzlichen Erwägungen bestehen aber auch die grössten Bedenken gegenüber dem jetzigen System der Kontingentierung mit seinen bereits sichtbaren Auswirkungen. Der Zigarettentrust hat schon während der kurzen Dauer der Kontingentierung seine Machtstellung rücksichtslos ausgenutzt. Die Steuererhöhung, von der man annahm, dass die Zigarettenindustrie sie als Gegenleistung für das Kontingent auf sich nehmen würde, ist nahezu völlig auf den Handel und auf den Konsumenten abgewälzt worden. Die Zigarettenfabrikanten haben bei den gangbarsten Sorten erhebliche Gewichtsverminderungen und Verkleinerungen, ferner eine fühlbare Qualitätsverschlechterung vorgenommen. Schon die bisherige Entwicklung bestätigt also unsere Auffassung, dass ein wirksamer Schutz der Verbraucherschaft, aber auch des Handels, gegenüber einem staatlich sanktionierten Privatmonopol nicht zu erreichen ist, dass der Trust vielmehr unter dem Schutz des Kontingents seine riesenhaften Monopolgewinne erhält und auf Kosten des Handels und der Verbraucherschaft noch weiter steigern kann. Eine Verlängerung des Kontingents auf 5 Jahre würde die Willkürherrschaft und die Riesengewinne des Zigarettentrusts, ohne dass ausreichende Schutzmöglichkeiten für die Verbraucherschaft vorhanden wären, sanktionieren.

Angesichts des dringenden Finanzbedarfs des Reiches und der jetzt gewonnenen trüben Erfahrungen mit der Kontingentierung wäre es notwendig, erneut unser Tabakbesteuerungssystem nachzuprüfen. Durch die Konzentration der Zigarettenindustrie in Deutschland sind alle Voraussetzungen für ein staatliches Zigarettenmonopol gegeben; nur durch ein Staatsmonopol kann die weitere Ausbeutung des Konsumenten durch ein unkontrollierbares Privatmonopol und zur Aneignung riesenhafter Trustgewinne verhindert werden. Ohne jegliche Mehrbelastung des Konsumenten könnten im Rahmen des Staatsmonopols Mehrerträge in der Grössenordnung von 200 bis 300 Millionen herausgewirtschaftet werden und nur im Rahmen des Staatsmonopols ist auch eine gerechte und volkswirtschaftlich zweckmässige Lösung der Händlerfrage zu erreichen.

Von den Parteifreunden des jetzigen Reichsfinanzministers haben massgebliche Wirtschaftler die Notwendigkeit der Einführung eines staatlichen Zigarettenmonopols dargelegt und die hier vorhandenen Möglichkeiten der Ertragssteigerung aufgezeigt. Es ist bezeichnend, dass alle Kreise, die nicht interessenmässig abgestempelt sind, die Notwendigkeit und Zweckmässigkeit der Einführung eines Zigarettenmonopols anerkennen.

SPD. Der deutsche Hirsch Kupfer-Konzern hat ein Aktienpaket von nominell zwei Millionen Mark an die Union Miniere du Haut Katanga (kurz Haut Katanga genannt) verkauft. Dadurch kommt die belgische Kupfergruppe in den Besitz von ungefähr 18% des Hirsch Kupfer-Kapitals. Schon früher hat Hirsch Kupfer 25% seiner Aktien an den britischen Chemietrust abgetreten.

Der Aktienverkauf bei Hirsch Kupfer ist eine Etappe in einer bestimmten Entwicklung, die einmal hinsichtlich der Gliederung der deutschen Industrie, des anderen hinsichtlich einer bestimmten Umschichtung auf den internationa-

len Metallmärkten interessiert. Haut Katanga und der britische Chemietrust, die fast über die Hälfte des Hirsch Kupfer-Kapitals verfügen, haben besondere Verbindungen zum Amalgamated Metal Corporation. Von der Amalgamated Metal Corporation gehen wiederum Fäden zu dem Frankfurter Metall-Konzern. Dieser Konzern hat in der letzten Zeit grosse Konzentration durchgeführt und die westlichen Verarbeitungsbetriebe zusammengeschweisst. Es dürfte unter der Führung des Frankfuter Metall Konzerns im Westen ein Verarbeitungskonzern entstehen, dessen Kapazität an die von Hirsch Kupfer reicht. Da über Haut Katanga den britischen Chemietrust und die Amalgamated Mtal Corporation freundschaftliche Beziehungen zwischen dem Frankfurter Metall Konzern und der Hirsch Kupfer bestehen, ergibt sich eine Zusammenfassung der deutschen Metallverarbeitung in stärkstem Ausmass. Damit werden gewisse Vorbedingungen für die Neuregelung in der deutschen Metallverarbeitung geschaffen. Wir erinnern daran, dass es dabei (zweiter Teil der deutschen Rationalisierung) darauf ankommt, die Kapazität dem Markt anzupassen. Sehr wahrscheinlich wird man als Folge der neuen Umschichtung mit grösseren Stillegungen zu rechnen haben.

Die Verbindung der deutschen Metallverarbeitung mit Haut Katanga interessiert weiter hinsichtlich der Lage auf den Kupfermärkten. Die wilde Preispolitik des internationalen Kupferkartells, die jede Hemmung vermissen lässt, hat bei den europäischen Verarbeitern das Bedürfnis gestärkt, sich von der nordamerikanischen Kupferlieferung und der Preispolitik des interantionalen Kupferkartells unabhängig zu machen. Die Bestrebungen tauchten zum ersten Male stärker vor einem Jahr in der Zeit der wilden Kupferpreishausse auf. Jetzt scheint man unter Druck der Depression auf dem Kupfermarkt an die Verwirklichung dieser Pläne gehen zu wollen. Im Mittelpunkt dieser Pläne steht augenscheinlich die Union Miniere du Haut Katanga. Das Unternehmen, das um die Jahrhundertwende gegründet wurde, ist von belgisch- britischem Kapital beherrscht. Die Kupfergruben liegen im belgischen Kongo. (Nordafrika). Sie dürften die reichsten der Welt sein. Die nordamerikanischen Gruben haben schon seit langem in Haut Katanga den künftigen Konkurrenten gewittert. Es fragt sich nur, ob die Produktion von Haut Katanga derartig gesteigert werden kann, um die Unabhängigkeit der europäischen Verbraucher zu gewährleisten. Das muss bezweifelt werden. Nach einer kürzlich veröffentlichten Nachricht hat man es in Haut Katanga dahin gebracht, dass man etwa ein Lager von 80 000 Tonnen halten kann. Dagegen ist die Produktion aber nur auf 100 000 Tonnen pro Jahr zu schätzen. Das ist etwa die Hälfte des deutschen Jahresbedarfs. Eine Steigerung der Kupferproduktion bei Haut Katanga lässt sich anscheinend auch nicht von heute auf morgen vollziehen. Vor allem sind es klimatische und Arbeiterschwierigkeiten, die dem entgegenstehen. Andererseits liegen die Gestehungskosten bei Haut Katanga, die für das letzte Jahr einen Rohgewinn von ½ Milliarden und einen Reingewinn von 275 Millionen Franken bei reichlich n Abschreibungen und Rückstellungen erzielten, ungewöhnlich tief. Der Präsident der Haut Katanga erklärte in der vor einigen Tagen stattgefundenen Generalversammlung, dass selbst bei den heutigen niedrigen Kupferpreisen (11,80 Cents für das englische Pfund) ein befriedigender Gewinn sichergestellt sei- Wir erinnern in diesem Zusammenhang an eine amerikanische Pressenotiz, wonach wichtige nordamerikanische Kupfergruben bei den gegenwärtigen Kupfernotierungen nicht mehr auf ihre Kosten kämen. Bei den ausschlaggebenden deutschen Kupferproduzenten, der Mansfeld A.G., schwankt die Rentabilitätsgrenze um ungefähr 15 Cents. Der Rückgang der Kupfernotierung um ½ Cent bedeutet für Mansfeld A.G., wie kürzlich in einer Besprechung mitgeteilt, einen Verlust von 1 Millionen Mark für das Jahr.

Ein europäischer Kupferblock mit der Spitze gegen das internationale Kupferkartell kann sich allein auf Haut Katanga nicht stützen. Die Produktion von Haut Katanga müsste ergänzt werden. Hier kämen die Kupfererzgruben von Rhodesia in Frage, bei denen das englische Kapital ausschlaggebend ist. Englische Gruppen, die vor allem dem britischen Chemietrust nahestehen, sind nun dabei, in der Gegend von Liverpool eine grosse Kupferhütte mit 200 000 Tonnen Jahresleistung zu errichten. Für die Erzbelieferung kommen die Gruben von Rhodesia in Frage. So gesehen gewinnt das Projekt eines europäischen Kupferblocks an Wahrscheinlichkeit.

Weiter fest.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Juli)

SPD. An der Berliner Produktsnbörse machte die Befestigung am Mittwoch weitere Fortschritte. Im Einklang mit höheren Auslandsnotierungen hat sich das Angebot in Weizen und Roggen vermindert, sodass auch am Promptmarkt Preisbesserungen um einige Mark zu verzeichnen waren und in Roggen keine nennenswerte Tätigkeit der Stützungsstelle beobachtet werden konnte. Entsprechend war auch die Stimmung am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte. Weizen zog um 2 bis 3 Mark und Roggen bis zu 2 Mark an. In Hafer liegt nach den Besserungen der letzten Tage das Angebot nur zu erhöhten Preisen vor, die vom Konsum nur zögernd bewilligt wurden. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte traten Steigerungen bis zu 3½ Mark ein. Wintergerste war weiter fest.

	15. Juli	16. Juli.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	170 - 190	170 - 190
Hafer	172 - 180	177 - 185
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,50 - 40,25	33,50 - 40,25
Roggenmehl	23,oo - 25,50	23,oo - 25,60
Weizenkleie	10,50 - 11,oo	10,50 - 11,oo
Roggenkleie	10,oo - 10,60	10,20 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 291½-292¼ (Vortag 289), September 264-264½ Geld (261¾), Oktober 267-268 (264), Dezember 275 (272). Roggen Juli 178½ (178), September 186-187¼ (185), Oktober 189½-190 (188½), Dezember 197-196½-198-197½ (195½). Hafer Juli 186½ und Geld (-), September 189 (187), Oktober 194½-195¼ (191), Dezember 195½-198 (194).

SPD. Der deutsche Bierverbrauch, der sich im Jahre 1929/30 um 5,7 Prozent auf 57,65 Millionen Hektoliter steigerte, macht pro Kopf der Bevölkerung 90 Liter aus. Im Jahre 1928/29 betrug er 85,6 Liter. Die Steigerung des Prokopfverbrauchs, der nach der Inflation einsetzte, hält also an. Die Bierproduktion betrug insgesamt 58?063 Millionen Hektoliter. Davon wurden 618 760 Hektoliter exportiert, gegenüber 571 647 Hektoliter im Vorjahre. Der Export hat einen Wert von 37,1 Millionen Mark (im Vorjahre 34,3 Millionen Mark). Von der Gesamtausfuhr entfallen 456 117 Hektoliter (im Vorjahre 462 368) auf Flaschenbiere. Die deutsche Bierbilanz ist für das Jahr 1929/30 wieder aktiv. Der Ausfuhr steht aber eine nicht geringe Einfuhr gegenüber. Sie macht 208 885 Hektoliter (im Vorjahre 198 450) aus. Der Wert der Einfuhr wird mit 6,3 Millionen Mark angegeben gegenüber 5,8 Millionen Mark im Vorjahre.

Die nach Deutschland eingeführten Biere stammen nach wie vor fast ausschliesslich aus der Tschechoslowakei. In Frage kommen die sogenannten Pilsener Biere. Sie werden in Deutschland ganz bestimmt nicht von den Kreisen getrunken, in denen die Arbeitslosigkeit grassiert, sondern von den besitzenden Schichten. Die besitzende Schicht in Deutschland hat sich also in einer Zeit schlimmster Wirtschaftskrise eine Steigerung im Genuss ausländischer Biere im Ausmass von einer halben Million Mark = 10 000 Hektoliter geleistet. Wenn man Steuern zahlen soll, behauptet man aber, an die Grenze der finanziellen Kraft gekommen zu sein. Beim Pilsener Bier ist das aber, wie Beispiel zeigt, wesentlich anders.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S•P•D

Berlin, den 16. Juli 1930

Die schottische Distel.[x]

Von M.Geffroy.

SPD. In der Kirche von Saint=Sulpice in Paris findet eine Trauung statt; ohne Musik, ohne Zuschauer; nur die vier notwendigen Zeugen und ein Kind von fünf Jahren sind anwesend. Der Bräutigam, ein hübscher junger Mann,sieht so bleich aus, dass man glaubt, er müsse jeden Augenblick ohnmächtig werden.Auch von den Wangen und Lippen der wunderschönen Braut,deren Stirne stolz leuchtet, ist alles Blut gewichen. Ihre Augen sind krampfhaft zu Boden gerichtet. Ein langes Trauerkleid hebt die anmutige Würde ihrer Gestalt,die von dem zarten Schleier ihres Witwenhutes überhaucht wird, noch hervor.

\+ + +

Zwei Brüder waren gemeinschaftliche Inhaber einer Firma. Sie liebten beide Sabine. Das Mädchen fasste eine tiefe Neigung für Robert und heiratete ihn auch. Von diesem Augenblick an hasste Stephan,der Schwager,seinen Bruder tödlich. Unheimlich wuchs seine Leidenschaft für Sabine. Er hoffte auf den Zufall, um eines Tages Rache nehmen zu können. Doch er irrte sich in Sabine. Diese Gewissheit steigerte seine Begierde,schürrte sie bis zum Wahnsinn,wühlte ihn auf, brannte jede gute Regung in ihm aus, raubte ihm die Besinnung; sie hatte jenen krankhaften Grad von Intensität erreicht,dass sie ihm zur fixen Idee wurde...

Eine schwere Krankheit zwang Robert, Paris zu verlassen. Stephan leitete die Firma allein, ohne Kontrolle.

Eines Tages befiel ihn der Gedanke, dass der Tod seines Bruders ihm Sabine ausliefern würde,wenn er dessen Vermögen an sich bringen könnte. Er empfand Abscheu vor sich selbst; es schauderte ihn. Doch in den folgenden Tagen wuchs der Gedanke immer ungestümer,nahm Form an,wurde drängend,bemächtigte sich seiner.

Robert kehrte heim. Bald darauf aber erlitt er einen Rückfall, der ihn abermals in Lebensgefahr brachte. Und eines Nachts,als sein Bruder allein bei ihm wachte,ereignete sich etwas Furchtbares in dem Krankenzimmer: Stephan half dem Tod! Von einem Dämon mit fürchterlicher Macht erfasst,erwürgte er seinen Bruder.

Dann drehte er seinen Ring mit der schottischen Distel,der sich verschoben hatte,zurecht und rief Sabine...

\+ + +

Als man einige Tage nach dem Begräbnis die finanzielle Lage des Verstorbenen prüfte, stellte sich zu aller Erstaunen heraus,dass der Witwe und ihrem Kinde nicht ein roter Heller geblieben war. Aus den Büchern ging hervor, dass Stephan für seinen Bruder Rechnungen beglichen hatte,die Sabine völlig unbekannt waren, und die den ganzen Anteil Roberts verschlungen hatten. Sabine konnte es nicht fassen. Immer wieder musste ihr der Notar wiederholen, dass das ganze restliche Vermögen dem überlebenden Bruder gehöre.

Plötzlich sagte sie mit einem merkwürdigen Lächeln: "Ich werde selber mit meinem Schwager über diesen Fall sprechen." - - -

Zwei Tage später erhielt der Notar einen Akt, in welchem der Bruder des Verstorbenen dem Sohne seiner Schwägerin die Hälfte des Vermögens zuerkannte.

\+ + +

Genau ein Jahr darauf heiratet Sabine ihren Schwager.

Die Hochzeit findet in der Kirche von Saint=Sulpice statt. Während des ganzen Trauungsaktes steht das Kind zwischen den Ehegatten und trennt sie auch beim Verlassen der Kirche...

Als Stephan,der den Augenblick,wo er mit Sabine allein sein würde,kaum erwarten kann, am Abend an der Zimmertüre klopft, ruft seine Frau mit auffallend klarer und fester Stimme "Herein!"

Wieder ist das Kind zugegen. Es schläft.

"Sabine", flüstert Stephan hemmungslos und mit heftigem Vorwurf, "warum schläft das Kind hier? Muss es denn immer zwischen uns sein?! Ich bitte Dich, entferne es!"

"Du willst,dass ich es entferne?" erwidert Sabine mit unheimlich hartem und spöttischem Ton.

"Ich bitte dich darum", keucht Stephan,am ganzen Körper bebend,mit gierig verzerrtem Gesicht und fällt vor ihr auf die Knie.

"Gut", erwidert Sabine, aus deren Augen plötzlich ein fürchterlicher Hass herausglüht, der Stephan erschauern macht. "Gut, ich will das Kind in sein Zimmer bringen. Vorher ab werde ich es wecken und es in deiner Gegenwart auffordern,sich den Ring an deiner Hand genau zu betrachten!"

"Meinen Ring?! ruft Stephan verständnislos und doch etwas Furchtbares ahnend.

"Ja,deinen Ring mit der schottischen Distel, die eingedrückt war in den Hals seines Vaters!!" - -

(Berechtigte Uebertragung aus dem Französischen von Christiane und Harald Spitzer.)

Museum in der Wirtshausstube.[x]

SPD. Im Osten Berlins, auf der schnurgeraden Chaussee von Cöpenick nach Müggelheim, wo im vorigen Winter die Kommunisten Wildwest spielten und vorbeifahrende Automobile regelrecht überfielen,da sollen in hellen Mondnächten die Pferde scheu werden,und nur in zitternder Angst und mit schlotterndem Gebein weiterzureiben sein,weil auf irgendeinem Meilenstein am Fusse der Müggelberge eine gespenstische,schlohweisse Gestalt leibhaftig hockt. Die alten Bauern aus Rahnsdorf,die diese Gestalt durch die Wälder haben geistern sehen, berichten in den Dämmerstunden anbrechender Winterabende darüber ihren Enkeln,erzählen von der Prinzessin, deren Schloss in den Teufelssee versunken ist, und die verwünscht wurde,weil sie ihrem Auserwählten die Treue brach. Einstmals in einer Johannisnacht - denn nur dann ist das möglich - zog ein junger Fischer aus dem Cöpenicker Kietz hinaus, um sie zu erlösen. Vom See in die Stadt und dann noch dreimal um die grosse Kirche hätte er sie tragen müssen. Unter eine Bedingung: sich nie und nimmer umzuschauen,komme,was da wolle. Aber kaum hatte er die Prinzessin auf den Rücken genommen - der zwölfte Schlag der Kirchturmuhr war eben verhallt -,da brach die wilde Jagd los. Ungetüme mit dem Kopf unter dem Arm, feurigem Atem und entsetzlichem Heulen versperrten ihm den Weg. Doch der junge Fischer blickte nicht nach links und nicht nach rechts. Nur,als er gerade zum ersten Male die Kirche umschreiten wollte, da stieg ein riesiger Feuerschein auf. Ganz Cöpenick schien in Flammen aufzugehen. Erschrocken sah er sich um - - und die Prinzessin entglitt seinen Armen. Am nächsten Morgen fand man ihn besinnungslos auf. Wenige Tage darauf ist er gestorben.

Diese ebenso verstaubten wie vergnüglichen Reminiszenzen aus den mythischen Vorstellungen des alten Heidentums gehören zu den Müggelbergen wie die

geologischen Rätsel dieser seltsamen Bodenformation oder wie jene prähistorischen Schätze, die die Grasnarbe verbirgt. Schon der Rundblick von der sturmgepeitschten Kuppe der Müggelberge hat etwas Bezauberndes. Eingebettet zwischen dunkelgrüne Kiefernwälder fliessen blaugrau Spree und Dahme dahin. An der Friedrichshagener Ecke des Müggelsees kriechen zwei weisse Ausflugsdampfer aneinander vorbei. Auf der Rohrwallinsel warten Segelboote auf die ersten warmen Sonnenstrahlen. Vom Osten leuchten die Gosener Berge in ihrem fahlen Sandkleide herüber. Im Süden sind noch schwach die Türme des Königswusterhausener Senders erkennbar, und der westliche Teil des Horizonts verschwimmt in den Dunstschwaden der Industrievororte Berlins.

Es war deshalb ein glücklicher Gedanke, als das Märkische Museum in Berlin vor einiger Zeit daran ging, in dieser sagenumwobenen, reizvollen Landschaft gewissermassen eine Zweigstelle zu errichten. Kulturschutzstelle hat man die kleine Museumsfiliale genannt. Alles, was man beim Strassen- und Häuserbau von dem alten Germanenstamm der Semnonen, die hier in den Müggelbergen gehaust hatten, noch fand, haben berufene Hände in das bescheidene Zimmerchen getragen, das der Müggelturmwirt hergegeben hat, und dessen Tür sich jedem für zehn Pfennige öffnet.

Da liegt nun eine alte Herdstelle aus der Bronzezeit, sorgfältig aus flachen Steinen gepackt, wie sie keine hundert Meter von ihrer heutigen Ruhestätte entfernt gefunden wurde und vor Jahrtausenden irgend einer Semnonenfrau dazu diente, Gerstenbrei zu kochen und Hirschfleisch zu braten. Oder daneben der Glaskasten, der natürlich nicht aus der Semnonenzeit stammt, denn diese armen Barbaren bestaunten ja noch jede Eisenstange, die sich aus südlichen Ländern in ihre Gegenden verschlagen hatte, kopfschüttelnd als ein Wunderding. Nein, den Glaskasten hat selbstverständlich die Museumsdirektion gestiftet. Aber die Geschiebeablagerungen aus der Eiszeit, wie sie an den Müggelbergen so gut zu beobachten sind, oder der aus verwitterten Seelilien bestehende Kriniidenkalk oder der feine, helle Sand mit den bohnengrossen roten Feldspatstücken und den handgrossen Feuersteinen, ja, das sind alles ehrfürchtige anzuschauende, in unserer Zeiten Tage hineinragende Zeugen versunkener Epochen, deren Dunkel aufzuhellen sich heute noch eine ganze Armee von Prähistorikern bemüht. Oder wie wäre es mit dem linken unteren Backenzahn eines Mammuts, so gross wie ein Weiliterkochtopf, den man im Diluvialkies bei der Müggelheimer Mühle fand Dazu ein halbmeterlanger Dolchstab aus Bronze, mit dem man sich vor viertausend Jahren die Schädel einschlug, oder die irdenen Töpfe und Tassen neben sinnreichen Gewandnadeln. Aber das ist alles ein Kinderspiel gegen die Grabstätte eines Semnonen mit ihrer sonnichten Urne, die den Leichenbrand enthält und durch einen gewölbten Deckel verschlossen wird, die man so liebevoll aufgebaut hat in der hinteren rechten Ecke dieses wohl kleinsten Museums, dass man sogar die Steinpackung, in der die Urne des Toten lag, mitgebracht und genau hingestellt hat, wie die Trauergemeinde ihren Stammesgenossen zur ewigen Ruhe gebettet hatte.

Dann ist noch etwas da, was allerdings in natura weder gefunden werden konnte, weil es längst vermodert ist, noch auch in das Zimmerchen hinein gepasst hätte; ein Modell jener grossen Halle, die am Ausgang der Bronzezeit auf dem Eichenhügel zwischen dem Müggelturm und der Bismarckwarte gestanden hat. Obwohl man hier in den Müggelbergen nur noch die Pfostenlöcher von dieser Halle fand, vermochte man sie doch zu rekonstruieren, weil solche Hallen den Forschern aus Grabungen in anderen Teilen der Mark Brandenburg gut bekannt sind. Mit ihren aus übereinander gelegten Baumstämmen bestehenden und mit Lehm verkleideten Wänden, dem Dach aus Schilf und den fehlenden Türen und Fenstern – nur oben, wo der Giebel an den Dachfirst stösst, sind zwei Abzuglöcher für den Rauch –, dem Fussboden, der ebenfalls nicht da ist – wer sitzen wollte, konnte sich ja in den Sand setzen –, oder der ewigen Nacht, die in solch einer Halle herrschte: mit all diesen Dingen, über die mann stundenlang staunen kann, ist dieses Modell das Schmuckstück der Kulturschutzstelle des Märkischen

Museums.

Auf dem abschüssigen Wege nach dem Teufelssee hinunter gesellen sich zu den Kiefern ein paar Birken,die aber beide am Ufer des kleinen Sees den Weider Platz machen müssen. Jedesmal, wenn ein Kind vorüber rennt, schwanktder Boden hier unten, denn wir stehen auf einem Bebemoor, wo noch die Moosbeere und der Sonnentau zwischen dichtem Wollgras wachsen. Im Winter liegen auf dem gefro= renen See Eisstücke umher,die von weitem wie Seerosen aussehen,und in die dicke Eisdecke sind Luftblasen gefroren,die nicht mehr rechtzeitig genug an die Uberfläche gelangen konnten. Der Biograph der Mark, Theodor Fontane, ist oft hier umhergestreift. Er hat auf diese Gegend ein hübsches Gedichtchen gemacht, "Semnonenvision", wo es am Schlusse heisst, als der Dichter die Semnonen nach Schmöckwitz hin abwandern sieht: "gen Schmöckwitz,wo, o Wandel der Epochen, heute Familien Kaffee kochen...So ziehen sie südwärts mit Kiepen und Kobern, von der Müggel aus die Welt zu erobern."

Nun,so ohne Dämmerung und ohne Morgengrauen,wie die alten Semnonen,die einstigen Herren der Müggelberge, plötzlich ins volle Licht der Geschichte traten, so sang= und klanglos verschwinden sie wieder von der geschichtlichen Arena. Nach einer unentschlossenen Politik um den Beginn unserer Zeitrechnung herum beginnen sie etwa 200 n.Chr. ihre Zelte an der Müggel abzubrechen.Der Strom der Völkerwanderung trägt sie mit ihren germanischen Verwandten in die Ebenen Norditaliens, und sie, einst Freie und der angesehenste Stamm der sue= vischen Völkerfamilie, verbluten als Vasallen Theoderichs, Alarichs und Witi= ges. Fern ihrer Heimat. Und als die ersten Wenden um 600 n.Chr. von den Müg= gelbergen ins Spreetal schauen, ist der Semnonen Name längst ausgelöscht aus dem Buche der Geschichte. Ein paar Grabstätten, Abfallgruben, Pfostenlöcher und Herdstellen sind ihre ganze Erbschaft,die sie uns hinterlassen haben.Die hütet das kleine Museum in den Müggelbergen.

Fritz Köhler.

Das dämlichste Gesicht.x

SPD. Man sass zusammen und sprach über das menschliche Gesicht,über seine Ausdrucksmöglichkeiten, über intelligente und über dämliche Gesichter und darüber, dass intelligente Gesichter sehr selten seien,dass jedoch jeder von uns schon einmal ein dämliches Gesicht gemacht habe. Es käme nur auf die Gelegenheit an. Und die Gesellschaft beschloss,dass jeder der Anwesenden zu erwählen habe,wann und wie und warum er sein dämliches Gesicht gemacht habe.

Der Erste erzählte

die Geschichte von den ungarischen Girls.

Vor einigen Jahren, so begann er,lernte ich in einer kleinen ungarischen Stadt zwei entzückende Girls kennen. Revuetänzerinen,die in einem Kabarett eine Tanznummer zeigten. Eigentlich hatte ich ja nur einen Zug versäumt und wollte ursprünglich über Nacht bleiben. Aber dann blieb ich eine ganze Woche, und wir gaben uns das Versprechen,uns gegenseitig anzurufen,wenn uns der Zu= fall wieder einmal in die gleiche Stadt verschlagen sollte.

Vor einigen Wochen bekam ich eine Postkarte: Lizette und Etelka waren in Berlin und traten in der Plaza auf. Ich rief sie an,versprach,am Abend in die Vorstellung zu kommen - sie hatten Nummer fünf -, und lud sie zum Essen ein. Aber das geht doch nicht, meinten sie. Warum? Ich wunderte mich,dass sie so bescheiden geworden waren. "Alle eingeladen?" fragte Lizette. Ja. Gut,aber dann bleiben wir hier im Osten; ich weiss ein kleinesbilliges Lokal.Schön; wenn sie so anspruchslos geworden sind,umso besser.

Am Abend kam ich in das Variété,erwischte noch einen Platz in der ersten

Reihe; ein Zauberkünstler hatte gerade seine Vorführungen beendet; dann kam Fräulein Nummer und zeigte auf ihrem Schild eine riesige Fünf. Es klappte also gerade. Die Musik setzte ein; der Vorhang hob sich. Jetzt also, dachte ich mit einer stillen Freude des Wiedersehens, werden die beiden Racker über die Bühne wirbeln. Ich setzte mich aufrecht, setzte mich höher...da kamen sie auch schon. Aber nicht Lizette und Etelka. Zwölf waren es. Lizette und Etelka und noch zehn andere lustige Ungarinnen. Und die hatte ich sämtlich zum Nachtessen eingeladen. Sie hatten mich schon erblickt und lachten herunter. Da half kein Notausgang. Ich dachte: mich trifft der Schlag. Die zwölf sollte ich freihalten. Da habe ich das dämlichste Gesicht meines Lebens gemacht.

Die Zuhörer lachten. Dann erzählte der Nächste

die Geschichte von den englischen Pfunden.

Ich war noch ein junger Dachs, damals in London. Drei Pfund waren mein Eigentum; vier war ich schuldig, und nach Deutschland sollte ich auch noch fahren. Missmutig ging ich durch die Strassen und überlegte, wo Geld hernehmen. Da lernte ich eine junge Dame kennen. Sie war entzückend, nett und lieb und lud mich am Abend zu sich ein.

In der Nacht beugte sie sich plötzlich über mein Gesicht, um zu sehen, ob ich schlief. Ich markierte Schnarchen und tiefen Schlaf. Da stand sie auf, ging an meine Kleider, nahm die Weste vom Stuhl, trug sie ans Fenster, hob ein kleines Orangenbäumchen aus dem Topf und leerte in diesen den Inhalt meiner Westentasche, die drei Pfund, hinein. Nun war ich ganz blank.

Als sie schlief, holte ich meine Weste, hob das Orangenbäumchen aus dem Topf und leerte diesen in meine Westentasche. Am Morgen verabschiedete ich mich kühl. Sie lächelte, weil sie mich betrogen glaubte. Ich lächelte, weil ich ihr Tun vereitelt hatte.

Beim Mittagessen griff ich in meine Westentasche - und holte zwölf Pfund heraus.

Die Zuhörer lachten. Einer prustete sogar aus vollem Halse los. Und bat ums Wort. "Meine Herrschaften", sagte er, "jetzt werde ich Ihnen

die Geschichte, die keine Geschichte ist,

erzählen.

Das dämlichste Gesicht meines Lebens habe ich eben gemacht, als ich diese beiden Geschichtchen hörte. Ich habe sie nämlich alle beide schon einmal vor einigen Wochen in einem alten Band eines englischen Witzblattes gelesen.

Mario Mohr (Berlin).

Emil Orlik sechzigjährig.

SPD. Die künstlerische Bedeutung von Emil Orlik wird man heute nur dann ernsthaft würdigen können, wenn man den Blick drei Jahrzehnte zurück in die Vergangenheit wendet. Gewiss gehört der am 21. Juli 1870 in Prag geborene Maler und Graphiker heute zur künstlerischen Elite Berlins. Neben einer bemerkenswerten Mappe von Bildniszeichnungen "95 Köpfe" hat er auch in den letzten Jahren manches beobachtenswerte Werk geschaffen. Aber wirklich grosse künstlerische Leistungen schuf er schon um die Jahrhundertwende, also in verhältnismässig sehr jungen Jahren. In einer Zeit, in der die Künstler sich in der Nachahmung alter Vorbilder und in übertriebener Bedeutsamkeit nicht genug tun konnten, bekannte er sich kühn zu natürlicher Einfachheit. Man nannte ihn damals einen fruchtbaren und sehr eigentümlichen Darsteller des modernen Kleinlebens. Mit Recht; denn seine radierten Darstellungen mährisch-böhmischer Volkstypen gehören zu den besten graphischen Leistungen jener Zeit überhaupt. Damals erkannte man ebenfalls schon, dass Orlik in erster Linie ein graphisches Naturell war. Alle seine späteren Gemälde und kunstgewerblichen Arbeiten können

nur aus dieser speziellen Begabung erklärt werden. Das graphische Gebiet hat Orlik auch schon in seinen Jugendjahren nach allen Richtungen hin durchforscht und sich dabei mit Erfolg nicht nur in allen möglichen Techniken, sondern auch in der Erfindung neuartiger Kombinationen und Druckarten versucht.

Gerade um diese Zeit waren die japanischen Holzschnitte in Europa bekannt und in ihrer Eigenart geschätzt worden. Orlik erkannte vor diesen japanischen Blättern, dass diese Holzschnittkunst seiner Art verwandt war und in umgewandelter Form durchaus für die europäische Graphik fruchtbar gemacht werden konnte. Es ist sein künstlerisches Verdienst, dass er nicht nur nachgeahmt hat, sondern auf Grund eines sehr genauen Studiums etwas Selbständiges hervorzubringen vermochte. Es gelang ihm, die Reize der ostasiatischen Kunst mit westeuropäischem Naturgefühl organisch zu verbinden. Er war sogar etliche Jahre in Japan, um dort hinter die Geheimnisse des japanischen Farbendrucks zu kommen. Gleichzeitig hat er über seine japanischen Erfahrungen und Beobachtungen viel Wissenswertes veröffentlicht und seine künstlerischen Ergebnisse in einem 1902 erschienenen, mit Radierungen und Steindrucken geschmückten Werk "Aus Japan" niedergelegt. Als Charakteristikum seiner Eigenart schliesslich hat er bezeichnenderweise einmal ein höchst treffendes japanisches Wort gewählt. Dieses Wort "Omoshiroi" bedeutet für den Japaner so viel wie charmant, geistreich, natürlich, witzig oder interessant. Es entspricht nicht ganz den europäischen Worten, die es dem Sinne nach erklären sollen, aber so ungefähr geben diese die Wortbedeutung wieder. Wenn man alle Arbeiten Orliks, die zahlreichen farbigen Lithographien, die Pastelle, Gouachen, Aquarelle und seine originellen Plakate, Bucheinbände, Vignetten und Bücherzeichen einmal auf ihre Wesenswirkung hindurchsehen wollte, so würde man finden, dass tatsächlich immer ein lebendiger Geistreichtum darin ausgebreitet ist. Diese Tatsache ist in unserer schnelllebigen Zeit von nicht geringer Bedeutung. Es wäre für manchen, jüngeren Künstler durchaus zu wünschen, dass er nicht immer ganz grosse Kunst aus unklarem Empfinden heraus zu schaffen sucht, die seine Kräfte übersteigt, sondern mehr arbeitssam im Rahmen seiner Begabung bleibt. In diesem Sinne kann Emil Orlik ganz besonders der jüngsten Künstlergeneration, die mehr mit Worten als mit Taten etwas leisten will, immer wieder als grosses Vorbild dienen.

Otto Brattskoven.

Esst Roggenbrot.

SPD. Die Direktion der Mitropa hat am 1. Juli ihren Gästen durch eine gedruckte Karte angekündigt, sie habe sich entschlossen, im Interesse der deutschen Wirtschaft in ihren Wagen nur noch deutsches Roggenbrot zu führen.

Am nämlichen Tage fuhr ich mit dem Berliner Morgen-F-D-Zuge nach Frankfurt. Im Speisewagen gab es Weissbrot-Toast, einen Braten auf einem Dekorationsweissbrotstück und im übrigen Roggenbrot. Nun kann Roggenbrot gewiss ganz ausgezeichnet sein; dieses jedoch war trocken und ohne Geschmack: beinahe Kriegsbrot. In meinem Abteil unterhielt man sich über die neue Massnahme der Mitropa. Ein Landwirt, der vorher von seinem Milch-Mustergut im Taunus erzählt und die Forderung aufgestellt hatte, jeder Deutsche müsse pro Tag ein Liter Milch zur Gesundung der notleidenden Landwirtschaft kaufen, war Feuer und Flamme: "Sehr richtig! Endlich mal eine nationale Tat....!"

Wir fuhren weiter, Frankfurt kam in Sicht. Der notleidende Agrarier holte seine Koffer aus dem Gepäcknetz und sagte: "Wissen Sie, wer mich jetzt unten vor dem Auto erwartet?" – Auf unser verwundertes Schweigen fuhr er fort: "Meine beiden Schäferhunde." Und nun erzählte er von seinen guten und klugen Hunden und schloss: "....aber die wissen auch ganz genau, dass jeder von ihnen sein Paket Leibnizkeks mitgebracht bekommt."

Ich erlaubte mit, zu bemerken,dass er doch eigentluch im Interesse der notleidenden Landwirtschaft den Hunden Roggenbrot mitbringen müsste.

Er war einen Moment verblüfft, fand aber schnell sein Gleichgewicht und erwiderte breit und fett: "Da können Sie sich aber drauf verlassen,dann nur mi ordentlich Schinken drauf!"

Sprach's, stieg aus und ging zu seinen Hunden.

br.=str.

SPD. Ein Sprechchorfestspiel in Augsburg. Die Vierhundertjahr=Feier der Augsburger Konfession gab den Anlass, dass die Stadt Augsburg dem Dichter Paul Zech, dem Verfasser aus sozialem Denken und Fühlen geborener Werke, den Auf= trag gab, für ihre prächtige Freilichtbühne am Roten Tor ein Sprechchorfest= spiel zu schreiben. Nicht historisches Schaugepränge,nicht "geschichtliche Be= lehrung oder eine zu nichts verpflichtende romantische Versenkung in abgeleb= te Zeiten" wollte der Verfasser bieten,sondern lebendig und fruchtbar aus der Zeit in die Zeit will das Festspiel "Morgenrot leuchtet!" sprechen; "der Gedanke brüderlichen Beieinanderwohnens der Menschheit soll hier Vorbild und Gestalt werden,wie er 1530 im Augsburger Bekenntnis aufklingt". Deshalb tritt auch die umstrittene Figur des Reformators so weit in den Hintergrund,dass sie gar nicht selbst auf der Bühne erscheint, dass von tragenden Zeitgestalten nur der namenlose Mönch und Ulrich von Hutten sichtbar werden.- Der Sprech= chor ist Laienspiel, wenn auch die Einzelsprecher zum grössten Teil dem Schau= spielpersonal des Augsburger Stadttehaters entnommen sind. Ihrem Können kam die klangvolle Textgestaltung Paul Zechsin vollem Masse entgegen. Aber auch der Dramatische Sprechchor Augsburg unter der Leitung des Regisseurs Karl Vogt (Berlin=München) wusste mit des Dichters Worten wuchtige Wirkung zu erzielen. Unterstrichen wurde diese noch durch die schlichte,völlig unaufdringliche Musik,die Kurt Manschinger der Dichtung gewidmet hat; sie verrät in Anlage und Instrumentierung eine liebevolle Vertiefung in die Aufgaben des Sprechchor= spiels. Die Wiedergabe der Singchöre hatte der Volkschor Augsburg=Ost und Firnhaberau übernommen, der seiner Bestimmung in vollem Masse gerecht wurde; Alles in Allem: ein starker Gesamteindruck, der natürlich auf der Freilicht= bühne (die Uraufführung musste wegen der ungünstigen Witterung in der Sänger= halle stattfinden, was für die Regie eine Umstellung in den Bewegungsverhält= nissen bedeutete) noch gesteigert worden wäre.

L.B.

SPD. Gut abgelaufen.x "Ich bin einer furchtbaren Gefahr entronnen. In unserm Warenlager waren fünfhundert Säcke mit Pulver aufgehäuft. Ein Ange= stellter warf achtlos ein Streichholz auf einen Sack..."

"Wie! Und du lebst noch?"

"Ja. Denn es war Gottseidank nur Insektenpulver."

SPD. Zu viel verlangt.x Der Tennisspieler schimpft den Jungen aus,der die Bälle zusammenliest: "Das muss viel schneller gehen. Das muss gehen wie der Blitz!"

"Nana", sagt der Junge, "fier dreissij Fennje die Stunde können Se schliesslich keen Blitz verlangen...."

Gewerkschaftliche Rundschau

Mansfeld.

Vor der Beendigung des Konflikts.

SPD. Die Verhandlungen zur Beilegung des Arbeitskonflikts im Mansfelder Bergbaurevier, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden und am Donnerstag fortgesetzt werden, scheinen zu einem positiven Ergebnis zu führen. Das bisherige Verhandlungsergebnis hat einen Weg gebahnt, der - wenn auch sehr steinig und dornig - wieder ins Freie führen kann. Dass die Lösung des Konflikts angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Mansfelder Reviers bestimmt nicht Anlass zu irgendwelchen Freudenausbrüchen geben würde, stand von vornherein fest. Von allem Anfang an handelte es sich für die Arbeiterschaft nur darum, den vorgesehenen ungeheuerlichen Lohnabbau auf ein erträgliches Mass zurückzuschrauben. Und auch das stand fest, dass schon die blosse Milderung des Uebels nur durch Kampf zu erreichen war.

Wie soll diese Milderung nun aussehen? Anstelle der von der Mansfeld A.G. geforderten Lohnkürzung um 15 Prozent soll nach dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums eine Lohnsenkung von nur 9½ Prozent treten. Die Parteien erklärten sich grundsätzlich mit diesem Vorschlag einverstanden. Daneben wurde vereinbart, dass Massregelungen nicht stattfinden, und dass das Arbeitsverhältnis in tariflicher Hinsicht als nicht unterbrochen gilt. Damit sind der tarifliche Urlaub sowie andere Vergünstigungen den Arbeitern sichergestellt. Die Arbeiter, die ihren Urlaub für dieses Jahr noch nicht erhalten haben, bekommen für den Urlaubsverzicht eine tarifliche Entschädigung.

Zu diesem vorläufigen Verhandlungsresultat nahm am Mittwoch vormittag in Helbra eine von den Gewerkschaften einberufene Konferenz sämtlicher Streikleitungen und Vertrauensleute der Tariforganisationen Stellung. Das Mitglied des Vorstandes des Bergbau- Industriearbeiterverbandes Martmöller erstattete den Verhandlungsbericht. Eingehend schilderte er die Schwierigkeiten, die sich der Beilegung des Konfliktes in Mansfeld entgegenstellten. Infolge des erneuten Kupferpreissturzes habe die Mansfeld A.G. eine neue Denkschrift den Regierungsparteien übersandt, worin sie betonte, dass ihr erstes Notprogramm überholt sei. Sie habe entgegen ihrer früheren Auffassung vom Staat Deckung der entstehenden Fehlbeträge in Höhe von 5,6 Millionen Mark verlangt, wenn die Betriebe geöffnet werden sollten. Die Forderung der Mansfeld A.G., die Löhne um 15 Prozent zu kürzen, sei als untragbar für die Gewerkschaften zurückgewiesen und vom Reichsarbeitsministerium mit den Vorschlag, die Löhne um 9½ Prozent zu senken, beantwortet worden.

In der Aussprache, die ausgiebig, aber durchaus sachlich war, betonten die Funktionäre, dass das Ergebnis der Verhandlungen durchaus nicht befriedige. Nachdem jedoch Martmöller in seinem Schlusswort nochmals die Gründe auseinandergesetzt hatte, die für die Annahme des Verhandlungsergebnisses sprechen, beschloss die Konferenz mit Mehrheit, den Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums anzunehmen.

Die Arbeitsaufnahme in den Betrieben hängt nunmehr davon ab, ob vom Staat die notwendigen Subventionen gewährt werden. Wie hoch diese Subventionen effektiv sein werden, lässt sich im Augenblick noch nicht sagen. Dass eine Höchstgrenze gezogen werden muss, ist selbstverständlich, da sonst leicht die Unterstützung ins Uferlose gehen kann. Die Entscheidung liegt nun bei Preussen.

Ist es auch bei nur 9½ Prozent Lohnsenkung zur Subvention bereit? Wie weit ist es bereit, Hilfe zu leisten? Von der Beantwortung dieser Fragen hängt die Hilfe des Reichs ab.

Die vorgesehene und wahrscheinliche Lösung ist ein saurer Apfel für alle, die an der Beilegung des Konflikts im Mansfelder Bergbau interessiert sind. Niemand will in diesen Apfel beissen. Und doch bleibt nichts anderes übrig, auch für Preussen nicht. Hoffentlich bringen am Donnerstag die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium nicht neue Komplikationen, sondern eine für die Arbeiter erträgliche Einigung.

SPD. Für die Niederlausitzer Tuchindustrie ist nach langwierigen Verhandlungen ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Neuregelung des Manteltarifs und des Arbeitszeitabkommens, die beide seit Ende März strittig sind, vorsieht. Der Spruch kommt dem Bestreben der Arbeitgeber, die Zrlaubsbezahlung bei Kurzarbeit nach Massgabe der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit entsprechend zu kürzen, entgegen. Die Geltungsdauer des bisherigen, seinerzeit auf Antrag der Arbeitgeber für verbindlich erklärten, Mehrarbeitsabkommen wurde bis zum 30. September 1931 verlängert. Die durch die grosse Arbeitslosigkeit hervorgerufene Not eines sehr starken Teiles der Textilarbeiterschaft wurde in keiner Weise berücksichtigt. Auch weiterhin soll ein Teil der Arbeiter bis zur gesetzlichen Höchstgrenze arbeiten können, während viele ihrer Kollegen der Erwerbslosenfürsorge und der Wohlfahrtspflege anheimfallen. Und das alles, obwohl man die Erwerbslosenunterstützung kürzen will. Man stelle sich vor: neben einer anordnungsfähigen Arbeitszeit von 51 Stunden ist noch die Möglichkeit ihrer Ausdehnung bis zur gesetzlichen Höchstgrenze, also bis 60 bezw. 58 Stunden pro Woche vorgesehen. Damit wird die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie zu einem Dauerzustand gemacht. –

Sonderbar, höchst sonderbar mutet es an, wenn, wie im vorliegenden Fall, Schlichtungsstellen sich finden, die abnorm lange Arbeitszeit festlegen, während auf der anderen Seite die Ministerien ihre Organe anweisen, mit Rücksicht auf die grosse Arbeitslosigkeit Anträge auf behördliche Genehmigung von Überarbeit mit grösster Sorgfalt und unter Anwendung strengster Masstäbe zu prüfen. Wäre es nicht zweckmässig, schon bei der Entscheidung über ein neues Arbeitszeitabkommen diese strengen Masstäbe anzulegen? Wird das Reichsarbeitsministerium bei einem eventuellen Antrag der Arbeitgeber auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Niederlausitzer Tuchindustrie die Versäumnis der Schlichtungsstelle wieder gutmachen und die Verbindlichkeit eines solchen Spruches verweigern? Das Reichsarbeitsministerium muss das, wenn es sich nicht selbst Lügen strafen will.

SPD. Für das Holzgewerbe haben, nachdem der Arbeitgeber-Verband die bisherigen Lohnabkommen zum 1. August 1930 gekündigt hat, am Mittwoch in Berlin zentrale Lohnverhandlungen begonnen. Die Unternehmer unterbreiteten ihre Forderungen erst im letzten Augenblick. Sie wollen die bisherigen Ecklöhne auf den Stand vom 1. Oktober 1928 zurückschrauben. Das würde eine Senkung der Spitzenlöhne in den einzelnen Lohngebieten um 6 bis 9 Pfennig pro Stunde bedeuten. Von diesen gekürzten Löhnen soll in der Musikinstrumente- und Stuhlindustrie ein weiterer Abzug von 12 1/2% vorgenommen werden. Das würde für diese Industriezweige auf einen Lohnabbau von 17 – 23 Pfennig pro Stunde hinauslaufen. – Dass auf dieser Grundlage bei den Verhandlungen, die am Donnerstag fortgesetzt werden, eine Verständigung nicht möglich ist, liegt auf der Hand.

SPD. In Stockholm ist im Anschluss an den IGB-Kongress die Bauarbeiter-Internationale zu ihrer neunten Konferenz zusammengetreten. An der Tagung nehmen über 30 Delegierte teil, die 18 Länder vertreten. Amerika und Südafrika haben sich entschuldigt; Spanien konnte infolge eines grossen Streiks keine Vertreter schicken.

Die Konferenz wurde von dem Vorsitzenden Bernhard-Berlin, dem Führer des Deutschen Baugewerksbundes, begrüsst. Es wies in seiner Ansprache auf die grosse Arbeitsmarktkrise in Deutschland hin, unter der vor allem die Bauarbeiter zu leiden haben. - Sekretär Keppler erstattete den Geschäftsbericht: Der Bauarbeiter-Internationale sind annähernd 1 110 000 Mitglieder angeschlossen. Die Zunahme ist den Deutschen und Spaniern zu verdanken. Verluste haben Finnland, Lettland und Jugoslawien zu verzeichnen, zum Teil wegen politischer, zum Teil wegen wirtschaftlicher und organisatorischer Schwierigkeiten. Viele Länder haben unter einem Rückgang der Bautätigkeit zu leiden. Der Einbruch der Maschine hat ebenfalls Zehntausende von Bauarbeitern brotlos gemacht. Besonders schlimm sind die Zustände auf dem Balkan, im Elsass und verschiedenen anderen südlicher Bezirken. Die Internationale muss eingreifen, weil die dortigen Arbeitsverhältnisse zu einer Gefahr für die Nachbarländer werden. Bedenklich liegen die Dinge auch an der belgisch-französischen Grenze, wo Bauarbeiter aus Deutschland, Italien, Ungarn und der Schweiz zusammenströmen. Für die italienischen Berufskollegen soll, sobald die Errichtung ihres eigenen Sekretariats wieder möglich ist, von der Internaticnale ein Zuschuss gegeben werden. Der kommunistische Spuk ist in der Bauarbeiter-Internationale so ziemlich verweht. Die neuen Satzungen werden, wie Käppler betonte, den falschen Freunden keinen Einbruch mehr ermöglichen.

SPD. Der Gehaltsabbaukonflikt in der Metallindustrie Nordwest scheint zu bedeutsamen arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen und Verhandlungen zu führen. Es ist zwar vorläufig noch keine Klage der Unternehmer wegen Feststellung der Rechtsgültigkeit der 7½%igen Kürzung der übertariflichen Angestelltengehälter in der Nordwestgruppe anhängig gemacht worden, wohl aber hat der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, wie der Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst meldet, beim Arbeitsgericht Düsseldorf Klage erhoben auf Feststellung, dass die Aufforderung zum Abbau der Leistungszulagen im Nordwestbezirk gegen die Pflichten verstösst, die den Arbeitgeberverband aus dem zwischen ihm und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband abgeschlossenen Tarifvertrag obliegen. Diese Klage muss angesichts ihrer grundsätzlichen Bedeutung die Berufungsinstanzen beschäftigen. Auf ihren Ausgang darf man gespannt sein.-

In Berlin sind die Besprechungen zwischen den Angestelltenverbänden und dem Verband der Berliner Metallindustriellen gescheitert. Der Vorschlag der Metallindustriellen besteht in einer Verkürzung der Arbeitszeit der Metallangestellten bis zu 20% und in einer damit parallel laufenden Gehaltsreduzierung im gleichen Umfang. Der Tarif läuft bis zum 31. März 1931. Hierin liegt ein gewisser Schutz für die Angestellten.

Es zeigt sich jetzt, dass die Gewerkschaften seinerzeit beim Abschluss des Tarifs klüger waren als ihre Kritiker, die sich darüber aufregten, dass der Tarif eine so hohe Lauffrist hat. Schon damals war für die Weiterblickenden klar, dass die Situation sich für die Angestellten in kurzer Zeit kaum verbessern werde. Der Gang der Entwicklung hat den Gewerkschaften recht gegeben. Auch ein langfristiger Vertrag kann für die Arbeitnehmer von Vorteil sein. Man sieht Gewerkschaftspolitik lässt sich nicht nach Schema F machen. Scheinbare augenblickliche Vorteile können zum Verhängnis werden und bittere Zugeständnisse eines Tages unvermutet wertvolle Früchte bringen.

Deutscher Reichstag

201. Sitzung vom 16.Juli, 3 Uhr.

SPD. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Einspruch des Reichsrats gegen das neue Amnestiegesetz. Die namentliche Abstimmung ergibt 296 Stimmen gegen, 146 sozialdemokratische Stimmen für den Einspruch und 10 Stimmenthaltungen.

Präsident Löbe erklärt, zur Zurückweisung des Einspruchs wären nach der Geschäftsordnung in diesem Falle 300 Stimmen notwendig gewesen. Da diese Zahl nicht erreicht wurde, sei dem Einspruch des Reichsrats stattgegeben worden. (Pfui-Rufe rechts).

Es folgt die erste Beratung der Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums auf Annahme des Genfer Handelsabkommens vom 24.März 1930. - Abg. Esser (Ztr) beantragt Überweisung an den Handelspolitischen Ausschuss. - Abg. Graf Westarp (Dn) beantragt Absetzung von der Tagesordnung. - Im Hammelsprung wird der Antrag Westarp mit 278 gegen 140 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Die Anträge werden dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen. Dann wird das Baukreditgesetz für 1930 ohne Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen. Das Gesetz über die Verwendung von Inlandsgerste zur Herstellung von Malz wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Anschliessend wird die zweite Beratung der Deckungsvorlage fortgesetzt.

Abg. Torgler (Komm) führt aus, die von den Sozialdemokraten bewilligte Überlegungspause werde zu einem lustigen Kuhhandel zwischen Sozialdemokraten und Regierungsparteien benutzt. Mit ihrer Stimmenthaltung beim Artikel I hätte die Sozialdemokraten eine Mehrheit für die sogenannte Reichshilfe ermöglicht. Der Redner fordert eine Millionärssteuer, eine zehnprozentige Sondersteuer für alle Vermögen über 500 000 Mark.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz):

Die Sozialdemokratische Fraktion beabsichtigt nicht, zu den Artikeln der Deckungsvorlagen im einzelnen Stellung zu nehmen. (Hört! Hört!) Die Sozialdemokratie wird die erste Abstimmung des heutigen Tages benutzen, um ihre Stellung zu den Deckungsvorlagen in ihrer Allgemeinheit zum Ausdruck zu bringen. Diese Stellung ist nicht sowohl bedingt durch den Inhalt der einzelnen Artikel als vielmehr durch die politische Gesamtsituation. In einer Reihe dieser Vorlagen sind Bestimmungen, die sich den Auffassungen nähern, die meine Fraktion seit langem vertreten hat, so auch vor einigen Wochen in ihren Richtlinien. Das trifft zu für das Prinzip der Reichshilfe und für die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer. Was aber für uns gänzlich unannehmbar ist, das ist die sogenannte Bürgerabgabe, die Kopf- oder Negersteuer, wie sie besser genannt werden könnte. Da diese Bürgerabgabe in das gesamte Deckungsgesetz hin eingearbeitet wordenist, ist für uns das ganze Gesetz unannehmbar! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Deckungsvorlage steht im engsten Zusammenhang mit den sozialpolitischen Vorlagen der Regierung. Die Sozialdemokratie kann nicht die Mitverantwortung dafür übernehmen, dass durch ihre Zustimmung zu den Deckungsvorlagen die sozialpolitische Gesetzgebung verschlechtert wird. Der Abbau der Zuschusspflicht des Reiches zur Arbeitslosenversicherung nach § 163 muss einen allgemeinen Leistungsabbau nach sich ziehen. Damit ist unsere Stellung zu den Vorlagen klar gegeben.

Wir kennen die Konsequenzen, die diese Stellung nach sich ziehen muss. Wenn wir daran noch gezweifelt hätten, wären wir belehrt worden durch die Mitteilung von den Vollmachten, die der Reichskanzler heute vormittag vom Reichspräsidenten erhalten hat, nämlich in erster Linie für den Fall, dass eine parlamentarische Mehrheit für die Deckungsvorlagen nicht aufzubringen ist,

sie mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen.

Die Regierung Brüning ist vom ersten Tage ihrer Existenz an eine Minderheitsregierung mit bunt zusammengewürfelten und durch alle möglichen Zugeständnisse seinerzeit an die Fahne gefesselten Regierungstruppen, die in ihrer Zusammensetzung ein wenig an die glorreiche Armee des heiligen römischen Reiches deutscher Nation erinnern. (Heiterkeit. - Zuruf rechts: Wir gehen aber nicht nach Rossbach!) Diese Truppen reichen nicht aus, um dem Kabinett eine Mehrheit und damit den Erfolg zu sichern. Nach unserer Meinung wäre es dann selbstverständlich, dass die Reichsregierung versucht, eine Mehrheit für eine irgendwie geartete Deckungsvorlage sich zu verschaffen. Wie weit der Reichskanzler diesen Versuch bei den Deutschnationalen gemacht hat, wissen wir nicht. Jedenfalls scheinen sie ohne Erfolg geblieben zu sein. Wir Sozialdemokraten haben auch in den letzten Tagen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass wir zu Verhandlungen bereit sind. Wir sind in dieser Bereitschaft bis an die Grenze des irgendwie Möglichen und Erträglichen gegangen. Wir haben der Regierung vorgehalten, dass es noch andere Möglichkeiten zur Sanierung der Finanzen gibt, und wir waren der Überzeugung und haben immer wieder der Regierung erklärt: Wenn Ihr eine andere Basis zu finden entschlossen seid, sind wir bereit daran und an der Durchführung einer solchen Finanzreform mitzuarbeiten. Wir haben das nicht getan, um irgend wie diesem Kabinett nachzulaufen, wir haben es nicht getan, um dieser Regierung willen, und nicht um unsertwillen - wir haben es getan um des Staates willen! (Hohnrufe rechts und äusserst links, stürmischer Beifall und Händeklatschen der Soz.) Denn wir wussten, dass im anderen Falle die Gefahr des Art. 48 droht und hielten es darum für unsere selbstverständliche Pflicht, alles nur Mögliche zu tun, um die Gefahr der Anwendung des Diktaturparagraphen abzuwenden.

Wir glauben, jeder im Saale, aber auch jeder im Lande, vor allen Dingen jeder Arbeiter draussen, wird volles Verständnis dafür besitzen, (andauerndes Geschrei der Kom. und Natsoz.) dass wir auf diesem Wege bis zu dem äussersten für uns möglichen Punkt gegangen sind. - Erst gestern nachmittag ist es zu einer Besprechung zwischen uns und einer der Regierungsparteien gekommen. Bei dieser Gelegenheit ist uns die Frage vorgelegt worden, welche Bedingungen wir als Voraussetzung für unsere Mitwirkung stellen. Wir haben daraufhin dem Abgeordneten Esser als Hauptunterhändler der anderen Seite einen Brief geschrieben Auf dieses Schreiben haben wir eine schriftliche Antwort nicht erhalten. Herr Esser begründete das mir gegenüber mit einem Sprichwort aus unserer gemeinsamen rheinischen Heimat, das ich hier nicht wiederholen will (Heiterkeit), das ich aber nicht als massgebend für die Verweigerung einer schriftlichen Antwort anerkennen kann. Aber auch daraus ging hervor, dass Herr Esser und seine Freunde gewisse Bedenken tragen, vor aller Öffentlichkeit schriftlich den Grund anzugeben, aus dem sie auf das Angebot der Sozialdemokratie nicht eingehen. (Hört! Hört! und Beifall der Soz.) Gerade weil diese schriftliche Antwort fehlt, muss ich vermuten, dass Ihnen bei der ganzen Angelegenheit doch nicht sonderlich wohl gewesen ist, und dass Sie es doch nicht ganz angenehm empfinden, auf das Angebot der Sozialdemokratischen Partei keine positive Antwort erteilen zu dürfen. (Sehr gut! bei den Soz.). Jedenfalls waren damit die Verhandlungen gescheitert, oder besser gesagt, sie haben gar nicht erst angefangen. Wir stehen jetzt vor der Situation, die uns zu der Konsequenz zwingt, die ich durch die Ankündigung der Ablehnung der Deckungsvorlagen zum Ausdruck gebracht habe.

Die Regierung ist entschlossen und hat die Vollmacht, den Artikel 48 anzuwenden. Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten hier im Hause und ausserhalb des Hauses, bei den Abstimmungen, die vorausgegangen sind und den Drohungen, die sie begleiteten, ausgesprochen, dass nach unserer Meinung die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 nicht gegeben ist, wenn man nicht der Reichsverfassung Gewalt antun will. (Sehr wahr! bei den Soz.-Gegenrufe rechts.)

Dass Sie für die Diktatur sind, wissen wir, von dieser Regierung war es noch so sicher. Die verfassungsmässige Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 ist, dass im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet ist. Ich behaupte nicht, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Deutschland in dem Mass besteht,wie es wünschenswert wäre; das besteht nicht dank dem Vorhandensein der verschiedenen nationalsozialistischen Richtungen. (Heiterkeit und Zustimmung) Aber ihre Gefährdung rührt nicht daher,dass das Finanzreformprogramm der Regierung bisher nicht durchgeführt ist. Eine der wesentlichsten Ursachen für die Unsicherheit und Unordnung ist die riesige Erwerbslosigkeit, aber die Regierung Brüning ist dabei, die Lage der Erwerbslosen weiter zu verschlechtern und dem arbeitenden Volk neue Lasten aufzubürden, was sicher nicht dazu beitragen kann,die öffentliche Ruhe und Ordnung zu heben. (Lebh.Zustimmung der Soz.)

Niemals haben die Urheber der Reichsverfassung daran gedacht,dass mit Hilfe des Art.48 derartige Gesetze oktruiert werden könnten. Gewiss, in der Vergangenheit ist der Art.48 angewendet worden, aber das war die gefährliche Zeit des Uebergangs von der Inflation zur stabilen Währung. Damals war für die wesentlichen Massnahmen,die auf Grund des Art. 48 verordnet worden sind,auch die Zustimmung einer Mehrheit des Hauses ziemlich sicher. Das ist heute nicht der Fall, und wir stellen mit allem Nachdruck fest,dass der Art.48 dazu da ist,unter Umständen dem Staat zu helfen und ihn zu schützen, nicht aber,um eine einzelne Regierung aus ihrer Verlegenheit zu befreien, (Sehr wahr! bei den Soz.) die ihr Ziel nicht erreicht und ihre Vorlagen nicht in der Form durchsetzen kann, die sie sich vorgenommen hat. Es handelt sich vor allem um den Staat,und wir erklären offen, wir sind die staatspolitische Partei, und darum sind wir gegen die Pläne dieser Regierung. Der Staat wird gefährdet nur dann,wenn seine verfassungsrechtliche Basis erschüttert wird, wie es jetzt die Regierung tut.

Es ist ganz selbstverständlich,dass wenn der Art.48 zu diesen Verordnungen missbraucht wird, die sozialdemokratische Partei sofort den Antrag stellen wird, sie aufzuheben. Es hängt dann von den anderen Parteien ab, besonders von den Deutschnationalen, ob sie mit uns eine gemeinsame Mehrheit für die Aufhebung herstellen wollen. (Geschrei rechts) Sie stehen in der Opposition rechts, wie wir links. Es kommt nur darauf an, ob Ihnen die Opposition gegen die Regierung Brüning wichtiger ist, oder die Genugtuung, mit dem von Ihnen so geliebten Art.48 regieren zu sehen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Der Antrag der Wirtschaftspartei läuft darauf hinaus, erst den Reichstag aufzulösen und dann die Artikel 48 Verordnungen zu machen. Das lehnen wir ab. Wir wollen derartige Verordnungen sofort durch den versammelten Reichstag aufheben lassen, und damit nicht erst warten, bis wieder einmal ein Reichstag zusammentritt.

Wir wissen, dass eine ernste Stunde gekommen ist. Wir wissen,die Bedrohung des Staates und der Arbeiterschaft mit dem Art.48 in Rechnung zu stellen, wir wissen,dass hier der erste Versuch gemacht wird, die Demokratischen Grundlagen der Republik zu erschüttern. Wir wissen,dass hier der erste Schritt gemacht wird zu einer deutschen Abart des Faschismus. Aber wir haben als Partei und als Arbeiterbewegung nichts zu fürchten und auch nicht einen solchen Vorstoss. Wir werden auch das überstehen. Die Sozialdemokratie wird auch aus dem Sturm hervorgehen. Wir werden,wo sich die Gelegenheit dazu bietet,dieses Regime bekämpfen,das mit den verfassungsmässigen Rechten des Parlaments und der Wähler in leichtfertiger und frevelhafter Weise umspringt. (Lebh.anhaltender Beifall der Soz.)

Abg. Esser (Ztr.): Es ist ungewöhnlich,wenn von Verhandlungen,die zwischen mir und dem Abg. Breitscheid geführt wurden, auf der Tribüne des Reichstag geredet wird.(Heiterkeit und Lärm) Nach der Erklärung des Abg. Oberfohren war es

klar,dass die Regierung nur mit Hilfe der Sozialdemokraten ihr Deckungspro= gramm durchbringen konnte. Die Verhandlungen zwischen mir und Abg. Breitscheid wurden durchaus loyal geführt. Ich habe nur deswegen der Sozialdemokratie nicht schriftlich geantwortet,weil ich nicht wollte,dass eine gewisse Presse meine Mitteilungen vorher schon veröffentlicht. (Unruhe) Wenn die Verhandlungen zu keinem Ziel geführt haben, so liegt das an der Form des sozialdemokratischen Briefes, dessen dritter Satz ein offenes Ultimatum an die Regierungsparteien enthält, das jede weitere Verhandlung unmöglich macht.

Abg.Dr.Breitscheid (Soz.):

Dass ich unseren Brief hier zur Verlesung gebracht habe, war selbstver= ständlich, Das zwischen uns und dem Abg.Esser Besprechungen stattgefunden ha= ben,stand in den Zeitungen und wurde nicht von uns zuerst veröffentlicht.Die Besprechungen sind nicht erst nach der Erklärung des Abg. Oberfohren angeregt worden, sondern schon viel früher. Abg. Esser kann nicht im Ernst behaupten wollen,dass wir mit einem einzigen Satz die Verhandlungen unmöglich gemacht hätten,weil die Regierungsparteien selbst auf Verhandlungen gedrängt haben.Ich darf Sie daran erinnern,dass die Bürgerabgabe nicht in der ursprünglichen Vor= lage der Regierung stand, sondern von der Deutschen Volkspartei hineingebracht worden ist, und dass der Finanzminister selbst vor wenigen Tagen an dieser Stel le die schwersten Bedenken gegen die Bürgerabgabe vorgebracht hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Antwort des Abg. Esser auf unseren Brief, die ich vorhin nicht aussprechen wollte, ist von ihm selbst mitgeteilt worden,sie heisst: Wer schreibt, der bleibt. Es ist bezeichnend, dass Abg, Esser es vermeiden wollte, sich durch eine schriftliche Antwort irgendeine Verpflichtung aufzu= erlegen, und dass er nur deswegen diese unbestimmte mündliche Antwort gegeben hat. (Lebh.Beifall bei den Soz.)

Abg. Ende (Komm.): Was wird die politische Waffe der Sozialdemokratie sein, wenn der Parlamentarismus aufgehoben wird? Wir verlangen Aufhebung des Verbots des Rot=Front=Bundes und werden den Massenstreik gegen den Faschismus organisieren. (Ironische Zurufe und Heiterkeit bei den Soz.)

Die Beratung ist damit geschlossen.- In namentlicher Abstimmung wird der Artikel II der Deckungsvorlagen mit 256 Stimmen der Sozialdemokraten,Kommuni= sten, Deutschnationalen, Nationalsozialisten gegen 204 Stimmen der Regierungs= parteien abgelehnt. (Grosse Bewegung)

Reichskanzler Dr. Brüning (minutenlang von den Kommunisten durch Rufe: Abtreten! Schluss! Fort mit dieser Regierung! am Reden gehindert): Namens der Reichsregierung habe ich zu erklären, dass die Reichsregierung auf die Fort= setzung der Beratung der Vorlage keinen Wert legt. (Lebh.Beifall links und Gelächter.)

Präsident Löbe: Damit ist nicht nur die Vorlage,sondern auch der damit verbundene Ergänzungsetat erledigt.- Wir haben abzustimmen über den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstags und über den Misstrauensantrag der Kommunisten gegen die Reichsregierung.

Abg. Schultz-Bromberg (Dnat.): Wir lassen uns unsere Haltung zur Reichs= regierung nicht von den Kommunisten vorschreiben. (Lärm der Komm.) Der Antrag der Wirtschaftspartei bedeutet einen unangemessenen Eingriff in die Entschluss= freiheit des Reichspräsidenten, (Aha=Rufe links) wir lehnen ihn daher ab.

Für den Antrag der Wirtschaftspartei erheben sich ausser den Antragsstel= lern nur die Nationalsozialisten. (Grosse Heiterkeit.-) Der kommunistische Misstrauensantrag wird mit 244 Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen 59 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten bei 151 Stimmenenthaltungen Sozialdemokraten und einiger Deutschnationalen abgelehnt.

Die Sitzung wird auf eine halbe Stunde unterbrochen. Nach Wiederbeginn um 18 1/4 Uhr wird die Beratung des Osthilfegesetzes fortgeführt.

Abg. Hergt (Dnat.) führt aus,im Ausschuss sei das Gesetz verschlechtert worden, vor allem durch die Regierungserklärungen über die Durchführung und durch den Beschluss, dass die Satzung der Ablösungsbank erst vom Reichsrat und vom Haushaltsausschuss des Reichstages genehmigt werden müsse. Bedauerlich sei auch die Animosität gegen die Grosslandwirtschaft,die bei den Ausschussverhandlungen in Erscheinung getreten sei. Durch das Osthilfegesetz dürfe nicht der Unfriede in die verschiedenen Gruppen der Landwirtschaft getragen werden. Der Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Rönneburg in der ersten Beratung und schlägt ihm vor, eine gemeinsame Reise nach Ostpreussen anzutreten und dort die beteiligten Kreise zu fragen, wie sie über Rönneburgs Tätigkeit bei der Durchführung der Ostpreussenhilfe dächten. Abg. Rönneburg (Dem.) ruft dem Abg. Hergt zu, er sei mit diesem Vorschlag durchaus einverstanden.

Abg. Siegfried (Wirt.Pt.) begrüsst die Vorlage. Die Osthilfe sei zu einer Herzensangelegenheit des ganzen deutschen Volkes geworden. Die bei der Ostpreussenhilfe gesammelten Erfahrungen müssten jetzt nutzbar gemacht und die dabei gemachten Fehler vermieden werden. Die Durchführung der Osthilfe müsse der öffentlichen Kritik unterliegen,jede Vatternwirtschaft müsse dabei ausgeschlossen werden. Es dürfe nicht der am meisten bekommen,der am lautesten schreie. Die Not des Ostens sei nicht nur eine Not der Landwirtschaft,sondern auch des Handwerks und Kleinhandels in den Städten.

Abg. Rönneburg (Dem.) ist im Gegensatz zum Abg. Hergt der Meinung,dass die Ausschussbeschlüsse zu einer Verbesserung der Vorlage geführt hätten.Die Deutschnationalen hätten wieder einmal deutlich gezeigt, dass ihre Liebe nicht der Bauernschaft,sondern dem Grossgrundbesitz gehöre.

Reichsernährungsminister Schiele

behandelt eine Reihe von Einzelfragen der Osthilfe und dankt allen verantwortungsbewussten politischen Kräften des Reichstages für die Mithilfe am Wiederaufbau des deutschen Ostens. Die Rettung des Ostens sei die Voraussetzung für die Gesundung und den Wiederauftsieg des gesamten Vaterlandes.

Die Beratung wird dann auf Vorschlag des Präsidenten Esser abgebrochen. Es entwickelt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber,ob am Donnerstag schon die Arbeitslosen- und die Krankenversicherung auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Die Abgg. Dittmann, Aufhäuser und Torgler protestieren dagegen, weil die betreffenden Drucksachen den Abgeordneten noch nicht vorliegen, und weil der 9. Ausschuss die Beratungen noch gar nicht zu Ende geführt habe. Vizepräsident Esser teilt mit, dass die Beratungen im Ausschuss bereits beendet seien, und dass die Geschäftsordnung es erlaube, die zweite Lesung nach verkürzter Frist stattfinden zu lassen.

Abg. Dittmann (Soz.): Es handelt sich nicht um die zweite, sondern um die erste Lesung, die frühestens drei Tage nach Beendigung der Ausschussberatung angesetzt werden kann.

Das Haus vertagt sich um 20,30 Uhr auf Donnerstag 12 Uhr: Reichsversorgungsgesetz, Einspruch des Reichsrats gegen die Aenderungen des Postfinanzgesetzes.